



Stadtratssitzung
Donnerstag, 8. April 2010, 17.00 und 20.30 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Aufsichtskommission (AK); Ersatzwahl	---
2. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 6 vom 25. Februar 2010)	---
3. ZPP Mingerstrasse: Teil der Bodenparzelle Bern Gbbl.-Nr. 3653/4, Vordere Allmend; Genehmigung Abgabe im Baurecht und Verkauf des Einstellhallengeschosses im 2. UG (Abstimmungsbotschaft) (FSU: Mathieu / FPI: Hayoz/Tschäppät)	10.000040
4. öV-Erschliessung Insel/von Roll; Ausführungskredit (PVS: Mordini / TVS: Rytz)	10.000047
5. Pilotprojekt „Testarbeitsplätze, TAP“; Verpflichtungskredit für die Jahre 2010 bis 2011 sowie Nachkredit zum Globalbudget 2010 (SBK: Grosjean / BSS: Olibet)	10.000050
6. Neuorganisation der Sozialbehörde: Reglement vom 17. August 2000 über die Kommissionen der Stadt Bern (Kommissionenreglement; KoR; SSSB 152.21); Teilrevision - Motion Fraktion FDP (Philippe Müller) vom 23. August 2007: Transparenz zulassen – Für eine breit abgestützte Sozialaufsicht; Begründungsbericht (07.000294) - Motion Fraktion GFL/EVP (Ueli Stüchelberger, GFL/Barbara Streit-Stettler, EVP) vom 16. August 2007: Sozialbehörde auch für die Stadt Bern; Begründungsbericht (07.000268) (SBK: Schneider / BSS: Olibet)	09.000448
7. Motion Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD): Visitenkarte der Stadtberner Taxis aufwerten (SUE: Nause)	09.000110
8. Motion Henri-Charles Beuchat (CVP): Wohnwagen-Bordell statt Strassenstrich: Legaler Sex auf zugewiesenem Parkplatz (SUE: Nause)	09.000187
9. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Rania Bahnan Buechi, GFL/Miriam Schwarz, SP/Hasim Sancar, GB/Tanja Sollberger, GLP): Eine Strategie für die Integration von nachgezogenen Familienmitgliedern ist überfällig! (SUE: Nause)	09.000203
10. Geschäftsreglement des Stadtrats: Interfraktionelle Abänderungsanträge gemäss Art. 82; Zuweisung zur Vorberatung (Büro Stadtrat)	07.000021
11. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011–2014 (FD: Klauser / FPI: Hayoz)	10.000058

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 11	431
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr	433
Mitteilungen des Präsidenten.....	434
Traktandenliste	434
1 Aufsichtskommission (AK); Ersatzwahl	434
2 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 6 vom 25. Februar 2010).....	434
3 ZPP Mingerstrasse: Teil der Bodenparzelle Bern Gbbl.-Nr. 3653/4, Vordere Allmend; Genehmigung Abgabe im Baurecht und Verkauf des Einstellhallengeschosses im 2. UG (Abstimmungsbotschaft)	434
4 öV-Erschliessung Insel/von Roll; Ausführungskredit.....	437
5 Pilotprojekt „Testarbeitsplätze, TAP“; Verpflichtungskredit für die Jahre 2010 bis 2011 sowie Nachkredit zum Globalbudget 2010	446
7 Motion Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD): Visitenkarte der Stadtberner Taxis aufwerten	455
Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.30 Uhr	458
11 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011–2014	459
Eingänge	480

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Claude Grosjean	Stéphanie Penher
Michael Aebersold	Beat Gubser	Pascal Rub
Cristina Anliker-Mansour	Leyla Gül	Rahel Ruch
Rania Bahnan Buechi	Lukas Gutzwiller	Hasim Sancar
Vinzenz Bartlome	Kurt Hirsbrunner	Martin Schneider
Giovanna Battagliero	Jimmy Hofer	Rolf Schuler
Thomas Begert	Natalie Imboden	Miriam Schwarz
Kathrin Bertschy	Mario Imhof	Tanja Sollberger
Henri-Charles Beuchat	Ueli Jaisli	Hasim Sönmez
Lea Bill	Dannie Jost	Barbara Streit-Stettler
Manfred Blaser	Ruedi Keller	Luzius Theiler
Peter Bühler	Daniel Klausner	Martin Trachsel
Thomas M. Bürki	Vania Kohli	Aline Trede
Rithy Chheng	Michael Köpfler	Gisela Vollmer
Conradin Conzetti	Peter Künzler	Nicola von Greyerz
Dolores Dana	Lea Kusano	Tanja Walliser
Bernhard Eicher	Annette Lehmann	Peter Wasserfallen
Tania Espinoza	Edith Leibundgut	Thomas Weil
Regula Fischer	Daniela Lutz-Beck	Béatrice Wertli
Jan Flückiger	Ursula Marti	Manuel C. Widmer
Rudolf Friedli	Corinne Mathieu	Rolf Zbinden
Jacqueline Gafner Wasem	Christine Michel	Christoph Zimmerli
Simon Glauser	Patrizia Mordini	Beat Zobrist
Thomas Götting	Philippe Müller	

Entschuldigt

Susanne Elsener	Ueli Haudenschild	Claudia Meier
Jeannette Glauser	Erich J. Hess	Robert Meyer
Guglielmo Grossi	Stefan Jordi	

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI	Edith Olibet BSS	Regula Rytz TVS
-------------------	------------------	-----------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	
-------------------------	----------------	--

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreter der Ratssekretär	Beat Roschi, Ratsweibel	
Christine Gyax, Protokoll	Hanni Reut, Telefondienst	

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Entschuldigt hat sich nebst den zuvor genannten Personen auch Stefan Jordi. Er ist seit mehr als zwei Wochen in Spitalpflege. Es geht ihm bereits wieder wesentlich besser. Wir werden ihm eine von allen Ratsmitgliedern unterschriebene Karte überreichen.

Heute sitzt ein neues Ratsmitglied im Saal. In der Fraktion GFL/EVP begrüsse ich Lukas Gutzwiller. Herzlich willkommen! Er ist laut seinem Wahlprospekt Energiewirtschaftler, arbeitet beim Bundesamt für Energie, ist aktiv in der VCS-Regionalgruppe Bern und in der Quartierkommission QUAVIER tätig. Ich wünsche ihm alles Gute bei seiner neuen Arbeit.

Weiter gratuliere ich allen, die es in den Grossen Rat geschafft haben. Das heisst, wir werden in den nächsten Wochen mehrere Rücktritte zu verzeichnen haben. Die Fraktionspräsidien haben zum Prozedere eine Mail vom Ratssekretariat erhalten, um einen geordneten Ablauf zu gewährleisten. Bis dato habe ich noch keine Ankündigung eines Rücktritts erhalten.

Vielleicht konnten Sie feststellen, dass der Ratssaal in hellerem Licht erscheint. Der Teppich wurde entfernt – als kleiner Versuch. Es geht nun darum zu schauen, wie sich dies auf die Akustik auswirkt. Ich bitte Sie ohnehin, vermehrt für Ruhe zu sorgen. Für Privatgespräche begeben Sie sich bitte in die Wandelhalle. In letzter Zeit war der Lärmpegel allgemein zu hoch.

Traktandenliste

Ordnungsantrag der Fraktion GFL/EVP

Das Geschäft IAFP (Traktandum 11) ist direkt nach der Pause zu behandeln.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag zu (46 Ja, 7 Nein).

1 Aufsichtskommission (AK); Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt für den zurücktretenden Jan Flückiger (GLP) als neues Mitglied in die Aufsichtskommission (AK): Claude Grosjean (GLP).

2 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 6 vom 25. Februar 2010)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 6 vom 25. Februar 2010.

3 ZPP Mingerstrasse: Teil der Bodenparzelle Bern Gbbl.-Nr. 3653/4, Vordere Allmend; Genehmigung Abgabe im Baurecht und Verkauf des Einstellhangeschosses im 2. UG (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 10.000040 / 10/032

Gemeinderatsantrag

I. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage betreffend ZPP Mingerstrasse: Teil der Bodenparzelle Bern Gbbl.-Nr. 3653/4, Vordere Allmend; Genehmigung Abgabe im Baurecht und Verkauf

des Einstellhallengeschosses im 2. UG. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.

- II. Den Stimmberechtigten wird der folgende Antrag zum Beschluss unterbreitet:
1. Die Stadt Bern stimmt der Abgabe eines Teils der Bodenparzelle Bern-Grundbuchblatt Nr. 3653/IV, Vordere Allmend, ZPP Mingerstrasse im Baurecht und dem Verkauf des Einstellhallengeschosses im 2. Untergeschoss derselben Bodenparzelle zu.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, den Baurechtsvertrag abzuschliessen und die Einstellhalle zu verkaufen.
- III. Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird genehmigt.

Bern, 3. Februar 2010

Ergänzungsantrag der Fraktion SP/JUSO zur Botschaft an die Stimmberechtigten

Seite 4, rechte Spalte, Zeile 4: **In der Einstellhalle befinden sich 258 Parkplätze. Davon gehören 133 der SPS Immobilien AG (Baurechtsnehmerin und Eigentümerin der PostFinance-Arena) und damit zur Mantelnutzung der Bern Arena. 125 Parkplätze wurden vom Fonds vorfinanziert und sollen nun an den künftigen Nutzer des Perimeters ZPP Mingerstrasse verkauft werden.** Deren Erschliessung **Die Erschliessung der Parkplätze** erfolgt über die bestehende Zu- und Ausfahrt der Einstellhalle Wankdorf-Allmend AG (EWAG) auf der Seite Bolligenstrasse.

FSU-Referentin *Corinne Mathieu* (SP): Dieses Geschäft besteht eigentlich aus zwei Meilensteinen: Den ersten haben wir bereits hinter uns durch die Zustimmung der Stadtberner Stimmberechtigten zur Zonenplanänderung am 30. November 2008. Den zweiten Meilenstein diskutieren wir heute Abend, nämlich die Abgabe der Bodenparzelle im Baurecht sowie den Verkauf des Einstellhallengeschosses im 2. UG.

Zur Ausgangslage: Die Swiss Olympic Association hat in den Jahren 2005 und 2006 nach einem neuen Standort für das Haus des Sports gesucht. In diesem Zusammenhang hat der Fonds als Eigentümer der Bodenparzelle die Umzonung des Teilstücks vorangetrieben. Im Jahr 2007 hat die Betriebskommission die Fondsverwaltung beauftragt, im Rahmen der mit der Umzonung möglichen Neunutzung Investoren im Planungssperimeter ZPP Mingerstrasse zu suchen. Zu diesem Zweck wurde ein Infrastrukturvertrag abgeschlossen. Die BernArena Stadion AG hat ihren Anteil am Eisstadion im Jahr 2007 an die HRS Finanzierungs und Beteiligungs AG zum Zweck der Sanierung und Ausstattung mit der Mantelnutzung verkauft. Gleichzeitig lief die Planung ZPP Mingerstrasse für den Bau eines neuen Gebäudes mit 15 000 m² Nutzfläche auf dem Boden des Fonds. In diesem Zusammenhang wurde die Realisierung der unterirdischen zweigeschossigen Einstellhalle geplant. Der Fonds hat sich vor der Realisierung ein Stockwerkeigentum einräumen lassen. Im Rahmen der späteren baurechtsweisen Abgabe des Perimeters ZPP Mingerstrasse an einen Investor war geplant, dass das im Besitz des Fonds liegende Einstellhallengeschoss mit veräussert wird. Zwei Firmen haben bei der Stadt ihr Interesse angemeldet betreffend Planung und Projektentwicklung ZPP Mingerstrasse, die Marazzi Generalunternehmung AG und die HRS AG. Beide Unternehmen haben die Unterzeichnung der Exklusivitätsvereinbarung für die Projektentwicklung herbeiführen wollen. Die Liegenschaftsverwaltung der Stadt hat sich nach reiflicher Überlegung für die HRS AG entschieden, da diese mit der Sanierung und Erweiterung der PostFinance-Arena ein grosses Engagement an den Tag gelegt hat und zur Risikoübernahme bereit gewesen ist. Zudem konnten Synergien genutzt werden. Im Januar 2008 hat die Schweizerische Post der Stadt ihr Interesse an der ZPP Mingerstrasse als Ersatz für den jetzigen Hauptsitz Schönburg mitgeteilt. Man hat damals beschlossen, die Schweizerische Post in die Verhandlungen zum

Abschluss der Exklusivitätsvereinbarung einzubeziehen und sie den Vertrag mitunterzeichnen zu lassen. Es wurde mit diesen beiden Partnern eine zeitlich befristete Exklusivitätsvereinbarung abgeschlossen. Diese zeitliche Befristung lief bis zum 31. März 2010. Bis dahin hatte die HRS die Gelegenheit, zusammen mit der Post ein Projekt vorzulegen. Eine der Vorgaben der Exklusivitätsvereinbarung war, dass die HRS auf Einladung einen Projektwettbewerb durchführen müsse mit dem Ziel, einen Neubau für die Schweizerische Post zu erstellen. Die Vorgaben stammten aus der Exklusivitätsvereinbarung und von der PostFinance. Es ist geplant, nach der Volksabstimmung mit dem Bau zu beginnen. Das Baugesuch wurde im Dezember 2009 unter Vorbehalt eingereicht und die Fertigstellung per 2013 geplant. Mit der Abgabe im Baurecht wird sich der Buchwert der Bodenparzelle verändern. Der Buchwert per 31. Dezember 2008 liegt bei 6,5 Mio. Franken. Durch die Abgabe im Baurecht wird die Bodenparzelle um 11,5 Mio. Franken aufgewertet und der Buchwert wird nach Abgabe im Baurecht ungefähr 18 Mio. Franken betragen.

Es gibt auf der Bodenparzelle überlappende Baurechte. Die betroffenen Firmen SPS Immobilien AG und EWAG haben einer vertraglichen und grundbuchamtlichen Lösung der Überlappungsproblematik zugestimmt. Dies ohne Kostenfolge für den Fonds oder die Stadt. Die Kosten des Notars werden in jedem Fall von der Trägerschaft übernommen.

Würdigung: Aus meiner Sicht wurde das Geschäft sinnvoll aufgegleist. Durch das Interesse der Post am Standort ZPP Mingerstrasse und die Exklusivitätsvereinbarung mit der HRS und der Post konnte das unternehmerische Risiko der Stadt praktisch auf Null begrenzt werden. Einzig bei einem Nichtabschluss von Vertragsverhandlungen aus Gründen, die der Grundeigentümer bis Ende März 2010 zu verantworten hätte, hätte der HRS 100 000 Franken zurückerstattet werden müssen. Beim Bau in Eigenregie wäre das finanzielle Risiko sehr hoch gewesen. Überdies würde es wenig Sinn machen, da bei einem solchen Bau einem zukünftigen Nutzer sinnvollerweise viel Mitsprache eingeräumt werden müsste. Aufgrund der Finanzkompetenz des Fonds erübrigte sich ein Entscheid des Stadtrats. Sowohl die Zonenplanänderung wie auch die Abgabe im Baurecht fallen in die Kompetenz der Stimmberechtigten. Der Verkauf der Einstellhalle würde in der Finanzkompetenz des Gemeinderats liegen. Man hat sich aber aus Gründen der Einheit der Materie für eine Kopplung der Abgabe im Baurecht und für den Verkauf der Einstellhalle entschieden.

Das Geschäft gab in der Kommission zu keiner Diskussion Anlass. Es hat alle überzeugt und ihm wurde einstimmig zugestimmt. Deshalb beantrage ich im Namen der Kommission, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

Abschliessend noch eine Bemerkung: Den Fahrplan der Beratung in der Kommission bestimmt die Kommission und weder die Verwaltung noch der Gemeinderat.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Als erstes danke ich der Sprecherin der FSU für die fundierte Vorbereitung des Geschäfts und die Ausführungen. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Ich möchte mich noch zum Ergänzungsantrag der SP/JUSO-Fraktion zur Botschaft an die Stimmberechtigten äussern. Wichtig ist, dass die Zahlen in der Botschaft korrekt sind. Deshalb beantragt der Gemeinderat, dem Ergänzungsantrag mit folgender Korrektur zuzustimmen: Im Ergänzungsantrag ist von 258 Parkplätzen in der Einstellhalle die Rede. Es befinden sich dort jedoch 249 Parkplätze. Davon gehören 123 der SPS Immobilien AG und 126 wurden vom Fonds vorfinanziert. Mit dieser Präzisierung kann dem Ergänzungsantrag entsprochen werden.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Da die Botschaft bereits angesprochen ist, frage ich die SP/JUSO-Fraktion, ob sie ihren Antrag begründen möchte.

Gisela Vollmer (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Uns geht es lediglich um den Ergänzungsantrag für die Botschaft. Wir möchten nur den Satz auf Seite 4 Zeile 4 eingeschoben haben. In der Einstellhalle befinden sich 249 Parkplätze, davon gehören 123 der SPS Immobilien AG und 126 wurden vom Fonds vorfinanziert. Die FPI hat freundlicherweise noch einmal nachgezählt. Es sind ungefähr neun Plätze weniger, als im Antrag geschrieben steht. Die Zahl hat sich offensichtlich geändert, aber ansonsten bleibt der Antrag so bestehen. Wir bitten, diese Ergänzung der Vollständigkeit halber noch in die Botschaft aufzunehmen, da in der PVS sehr intensiv darüber diskutiert wurde.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Wir stimmen zuerst über die Ziffern I und II des Gemeinderatsantrags ab. Anschliessend wird die Botschaft an die Stimmberechtigten behandelt.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag des Gemeinderats Ziffern I und II zu (61 Ja, 0 Nein).
2. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der SP/JUSO-Fraktion mit Korrektur des Gemeinderats betreffend Anzahl Parkplätze zu.
3. Der Stadtrat stimmt der gemäss obigem Beschluss abgeänderten Botschaft an die Stimmberechtigten zu (54 Ja, 0 Nein).

4 öV-Erschliessung Insel/von Roll; Ausführungskredit

Geschäftsnummer 10.000047 / 10/034

Gemeinderatsantrag

1. Das Projekt öV-Erschliessung Insel/von Roll wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Gesamtkredit von Fr. 1 500 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5800062 (KST 510110), bewilligt.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass ab 2011 zusätzliche jährliche Betriebskosten von Fr. 6 000.00 anfallen werden.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 3. Februar 2010

Rückweisungsantrag der Fraktion SP/JUSO

Die in der Vorlage beschriebene Linienführung führt zu einer massiv schlechteren Erschliessung der Haltestelle Güterbahnhof (nur noch mit Postautos, keine direkte Verbindung mehr mit Bahnhofplatz). Dies, obwohl u.a. mit dem neu entstehenden Uni-Campus für 4000 Studierende auf dem von Roll-Areal eine gute Erschliessung – auch zur Entlastung des 12er-Busses – besonders wichtig wäre. Aufgrund der vielen offenen und unklaren Aspekte ist die Vorlage an die zuständige Kommission zurückzuweisen zur Prüfung folgender Anträge:

1. Die heutige Buslinie 11 wird eine Ringbuslinie in zwei Richtungen.
2. Die neu geplante Buslinie wird zu 11A und fährt zum Bahnhof durch das Inselehospital über den „Warmbächliweg“ zum S-Bahnhof Ausserholligen.
3. Zu prüfen ist, ob ein Zusammenschluss der Linien 11A und 20 oder 3 möglich ist.
4. Alle neuen Haltestellen erhalten mind. eine einfache und günstige Wartehalle (Link-Wartehallen sind unpraktisch und sehr teuer).
5. Bus- und Postautohaltestellen befinden sich immer am gleichen Ort – zum Umsteigen.

6. In Bezug zum Bahnhof ist mindestens ein zentraler Umsteigepunkt zu definieren an dem möglichst alle Nahverkehrsmittel halten und von dem ein einfacher und direkter Zugang zu den Zügen und zum Postautobahnhof möglich ist.

Änderungsantrag der Fraktion SVPplus

1. Das Projekt öV-Erschliessung Insel/von Roll wird **mit folgender Änderung** genehmigt:
Die geplante Buslinie 11 ist so zu führen, dass diese nicht wie vorgesehen am Kreisel Friedbühlstrasse wendet, sondern via Friedbühlstrasse/Murtenstrasse zurück zum Hauptbahnhof führt.

Begründung

Im hinteren Teil des Inselspitals befinden sich weitere öV-erschliessungswürdige Punkte. Zu erwähnen wären zum Beispiel die Personalhäuser, die Pharmakologie, die Psychiatrische Uniklinik, sowie der Friedhofseingang an der Ecke Friedbühlstrasse/Murtenstrasse. Auch würde die Freiburgstrasse dadurch vom öV entlastet. Das Verbreitern und Befestigen der Freiburgstrasse würde bescheidener ausfallen, da ein Kreuzen der Busse nicht nötig wäre. Das Inselspital wäre also „rundumversorgt“ mit öV.

PVS-Referentin *Patrizia Mordini* (SP): Beim vorliegenden Ausführungskredit geht es um die öV-Erschliessung Insel/von Roll. Der Kredit bezweckt eine bessere Erschliessung des Inselspitals und des von Roll-Areals. Das Inselspital ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt in der Stadt Bern. Über 220 000 Patientinnen und Patienten nutzen die Insel, die auch durch ihre Spitzenmedizin eine grosse Ausstrahlung über die Kantonsgrenze hinaus hat und für viele Menschen die erste Wahl ist. Die Insel wird auch von vielen Besuchenden frequentiert und ist mit ca. 6000 Mitarbeitenden eine der grösseren Arbeitgeberinnen und Ausbilderinnen in der Region. Bereits seit Längerem wird eine Aufwertung der heute problematischen Erschliessung des Insel-Areals gefordert. Für Personen, die sich mit dem öV ins Inselspital begeben, sind die Wegbeziehungen heute suboptimal. Ab der Bushaltestelle muss eine stark befahrene Kreuzung überquert werden und die Wege sind für Kranke und Gebrechliche relativ lang. Mit der neuen öV-Erschliessung werden die Wege erheblich verkürzt. Der Bus hält neu vor dem Haupteingang des Inselspitals. Ebenfalls werden die übrigen Gebäude des Inselspitals besser erschlossen. Im Ausführungskredit sind das Modul 1, Freiburgstrasse vom Inselplatz bis zum Kreisel Friedbühl, und das Modul 3, Haltestelle Güterbahnhof, enthalten. Das Modul 2, das eigentlich auch zu diesem Paket gehört, beinhaltet die Verlängerung der Buslinie 11 vom Kreisel bis zum Warmbächliweg, wo bei der alten KVA eine Umnutzung mit neuem Wohnraum angegangen wird. Das Modul 2 ist jedoch nicht Gegenstand der jetzigen Vorlage. Die grösste Veränderung ist die neue Linienführung des 11er-Busses im Modul 1, der im Sechsinuten-Takt fährt. Neu soll der Bus, statt vor dem Ausbildungszentrum zu halten, nach links abbiegen und vor der Linden-Apotheke stoppen. Diese Haltestelle stellt unter anderem die gute Erreichbarkeit des Stadtbachquartiers und der Murtenstrasse sicher. Der Bus fährt dann neu durchs ganze Insel-Areal hindurch, hält vor dem Haupteingang, fährt dann weiter bis zum Kreisel Friedbühl, der vorübergehend die Wendeschleife sein wird, bis der Bus zu einem späteren Zeitpunkt zum Warmbächliweg weitergeführt werden kann.

Geplant ist überdies, dass der Bus mittelfristig bis zur Station Ausserholligen weiterfahren soll und dort verknüpft wird. Die Kosten für die neue Linienführung ergeben sich durch eine Verstärkung des Bodens, damit dieser der neuen Belastung des Busverkehrs vor der Insel standhalten kann, durch eine Anpassung der Strassenränder und Mauern sowie durch die Verkleinerung des Kreisels Friedbühl. Für einen Notwendepplatz direkt beim Inselspital muss mehr Raum geschaffen werden. Das Kocher-Denkmal sowie der Eingangsbereich sollen aufgewertet und besser gestaltet werden. Im Modul 3 wird bei der Haltestelle Güterbahnhof eine zweite

Haltekante gebaut, damit Grund- und Verstärkungsbusse dort wenden respektive Ausgleichszeiten wahrnehmen können. Die Erschliessung der Haltestelle Güterbahnhof und somit des von Roll-Areals in der Länggasse wird neu mit der Postautolinie 101 gewährleistet. Diese fährt dann weiter Richtung Hinterkappelen. Neben einem Zehnminuten-Takt der Postautolinie sollen Verstärkungsbusse in den Spitzenstunden zu einem Fünfminuten-Takt führen. Die Erschliessung insbesondere des von Roll-Areals ist sehr wichtig, da dieses mit Universität und PH-Gebäude einen Schwerpunkt von Bildungsstätten in der Länggasse bildet. Der Bau ist ab Sommer 2010 und die Busumstellung auf August 2011 geplant. Die Ausführungsarbeiten werden mit der Stadttangente abgestimmt. Die hintere Länggasse mit dem Lindenhofspital und dem Neufeld-Gymnasium wird zudem über die Postautolinie Richtung Frienisberg mit neuen Haltestellen auf der Bremgartenstrasse erschlossen.

Die vom Quartier gewünschte Ringlinie wird von der Stadt nicht weiter verfolgt. Hervorzuheben ist auch noch, dass der Grosse Rat die neue Linienführung mit dem letzten Angebotsbeschluss bereits bestellt hat. Das heisst, die neue Linienführung mit der Verknüpfung der Postautolinie 101 bietet dem Westen von Bern eine bessere Erschliessung zum von Roll-Areal. Das gesamte Projekt kostet 9,5 Mio. Franken. Der Anteil der Stadt beträgt 1,5 Mio. Franken. Der Kanton Bern übernimmt ca. 3 Mio. Franken und das Inselspital den grössten Anteil von ca. 5,2 Mio. Franken. In der PVS hat diese Linienführung Anlass zur Diskussion gegeben. Es sei eine Linienführung anzustreben, die wirklich auch eine Entlastung für den Länggass-Bus darstelle. Zudem ist noch offen, wo die Postautos in Richtung Güterbahnhof abfahren werden. Ist dies nun beim Postauto-Bahnhof oder beim heutigen 11er-Bus? Dies wird anscheinend erst im Juni klar. In der PVS wurde klar das Bedürfnis geäussert, dass die Busse und Postautos gut verknüpft sein müssen. Diskutiert wurde ebenfalls die relative Nähe der beiden Haltestellen, vor der Linden-Apotheke, die auf Stadtboden liegt, und vor dem Haupteingang, der auf Inselboden liegt. Die Stadt strebt an, dass in Luftlinie nicht mehr als 300 Meter zwischen zwei Haltestellen liegen. Hier beträgt der Abstand klar weniger, aber dies ist auch bei anderen Abschnitten des öV-Gebiets in Bern der Fall. Weiter wurde der Ringbus Länggasse thematisiert. Die Stadt wird dieses Anliegen nicht weiter verfolgen.

Fazit: Es ist sehr wichtig für das Inselspital und auch als Signal der Stadt, dass die öV-Erschliessung Insel/von Roll möglichst rasch realisiert werden kann. Die PVS hat dem Geschäft mit 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Fraktionserklärungen

Gisela Vollmer (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst grundsätzlich die neue Erschliessung durch den öV, so auch die neue Erschliessung des Inselspitals. Allerdings dürfen neue öV-Erschliessungen nicht zu einer Zweiklassen-Erschliessung zum Nachteil der Wohnbevölkerung und der Universität Bern mit ihren Lernenden und Studierenden führen. In der Länggasse wohnen heute über 18 000 Personen. An der Universität arbeiten 5000 Personen. Dazu kommen 13 000 Studierende, die täglich in die Länggasse gehen. Bereits jetzt ist der 12er-Bus überfüllt. Im Quartier, insbesondere im von Roll-Areal, wird zudem emsig gebaut. Es soll Platz für weitere 4000 Studierende geschaffen werden. Ausserdem sind weitere Wohnungen im Quartier geplant und die Universität hegt in der vorderen Länggasse noch weitere Ausbauwünsche. Anstatt dass der öV ausgebaut wird, findet unserer Meinung nach ein Abbau beim von Roll-Areal statt. Ein Uni-Campus dieser Grösse und ein städtisches Quartier mit schätzungsweise 2000 bis 4000 Bewohnenden im Umkreis des von Roll-Areals kann nicht mit dem Postauto erschlossen werden, welches noch dazu vom Postauto-Bahnhof abfährt. Im Länggass-Quartier muss die öV-Erschliessung dringend verdichtet werden. Einem Abbau können wir nicht zustimmen. Die Aussagen des Gemeinderats sind diesbezüglich zu vage. Deshalb sind wir der Meinung, dass die heutige Buslinie 11 eine Ringbus-Linie in zwei

Richtungen werden muss. Die Argumentation, dies sei unverständlich, ist unserer Meinung nach nicht stichhaltig. Eine entsprechende Information würde es sehr wohl möglich machen. Ausserdem muss der öV ökonomischer organisiert werden. Das Umsteigen am selben Ort auf eine andere Linie oder auf die S-Bahn ist deshalb zwingend. Der Argumentation, nur in Kleinwabern auf die S-Bahn umsteigen zu dürfen, können wir nicht so recht folgen. Wir sind der Meinung, auf jeder nur möglichen S-Bahn-Station müsse man umsteigen können. Im Weiteren gibt es noch einen dritten Punkt zur Auslastung des öVs: Die Nutzungsmischung und die damit zeitlich ausgewogene Belastung des öVs. Dies bedeutet, dass nicht nur das Inselspital mit seinen zeitlichen Spitzen erschlossen werden muss, sondern die angrenzenden Wohngebiete mit einbezogen werden müssen. Das heisst, die neu geplante Buslinie wird zu 11A und fährt vom Bahnhof durch das Inselspital bis zum Bahnhof Ausserholligen. Bus- und Postautohaltestellen befinden sich am gleichen Ort, damit man umsteigen kann.

Nun noch zum Bahnhof: Das Baugesuch am Bahnhof zur PostFinance, die Entwicklung beim Tram Region Bern und die bisher unklare Linienführung beim Tram Nr. 3 haben uns geradezu aufgeschreckt. Wir sind klar der Meinung, dass man erst den Umsteigepunkt am Bahnhof definieren muss, bevor man weitere neue Linien planen kann. Konkret muss man sich endlich entscheiden, den Bubenbergplatz zum Umsteigepunkt auszubauen. Es wird nicht anders gehen. Deshalb ist die SP/JUSO-Fraktion zum Schluss gekommen, dass diese Vorlage unbedingt zu ergänzen ist.

Und noch eine Bemerkung zur Diskussion in der PVS. Die Zeit für die Beurteilung eines solchen Projekts war etwas zu kurz. Zudem möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir Milizpolitikerinnen und -politiker und nicht in der Lage sind, diese Grossprojekte tagelang vorzubereiten. Eigentlich müsste es bei solchen Geschäften grundsätzlich zwei Lesungen geben, damit dazwischen noch eine Diskussion geführt werden kann. Ausserdem haben wir natürlich auch Hemmungen, den Mitgliedern des Gemeinderats das Projekt „abzuschliessen“. Aber der Entschluss ist nicht gegen sie gerichtet. Wir bitten den Stadtrat, das Projekt für eine weitere Debatte an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Edith Leibundgut (CVP) für die BDP/CVP-Fraktion: Die BDP/CVP-Fraktion lehnt die Vorlage zur öV-Erschliessung Insel/von Roll und den entsprechenden Ausführungskredit ab. Es kann nicht sein, dass ein zunehmend belebtes Quartier mit der neuen pädagogischen Hochschule und dem neuen Wohn- und Arbeitsraum im bisherigen von Roll-Areal plötzlich vom öffentlichen städtischen Verkehrsnetz abgeschnitten wird. Selbst wenn man Verständnis fürs Anliegen des grossen Arbeitgebers und Dienstleistungserbringers Inselspital hat, ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Bern eine separate Linie auf Kosten der Bevölkerung in der hinteren Länggasse baut. Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Linienführung durchs Insel-Areal. Zwei Kriterien müssen jedoch erfüllt sein, damit wir einen entsprechenden Ausführungskredit unterstützen können: Die Parkplatzsituation ist in den Unterlagen an den Stadtrat nicht ausreichend ausgeführt. Bisher haben die Patientinnen und Patienten sowie die Besuchenden direkt vor dem Haupteingang anhalten und parkieren können. Dies muss aus unserer Sicht weiterhin ausreichend möglich sein. Zweitens: Die bisherige Linie bis zur pädagogischen Hochschule ist weiterhin durch den städtischen Busbetrieb gesichert. Dies garantiert auch in Zukunft benutzerfreundliche Umsteigebeziehungen. Diese würden durch das notwendige Umsteigen auf die Postautolinie massiv verschlechtert. Auch ökologisch macht der Vorschlag, den Takt der Postautolinie um ein Mehrfaches zu steigern, wenig Sinn. Annähernd alle Reisenden werden spätestens bei der Universität aussteigen, worauf dann das Postauto mehr oder weniger leer weiter und zurück fährt. Fazit: Eine bessere Erschliessung des Insel-Areals ist grundsätzlich begrüssenswert. Leider geht der vorliegende Vorschlag aber auf Kosten der Studierenden, Arbeitenden und Anwohnenden der hinteren Länggasse. Eine mögliche Lösung würde darin bestehen, den 20er-Bus der Wankdorf-Linie bis Insel/Warmbächliweg

weiterzuführen. Damit könnte der 11er-Bus so belassen werden wie bisher. Wir unterstützen den Antrag der SP/JUSO-Fraktion, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Daniela Lutz-Beck (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Dies ist eine himmeltraurige Angelegenheit, über die ich hier sprechen muss, denn die PVS verabschiedete das Geschäft einstimmig. Die Diskussion war intensiv und hochinteressant. Für mich ist der Rückweisungsantrag völlig unverständlich. Es geht doch tatsächlich um Partikularinteressen. Ich werde wohl zu Auto-parkplätzen, zur Universität und ähnlichen Dingen noch etwas hören dürfen. Bessere Lösungen sind möglicherweise tatsächlich zu finden, aber ein Rückweisungsantrag würde auch von der Berner Bevölkerung, von Stadt oder Land, nicht verstanden. Auch wenn hier die Berner Bevölkerung von Gisela Vollmer auf das Länggass-Quartier reduziert wurde.

Zu den Parkplätzen: Ein- und Aussteigemöglichkeiten werden weiterhin vorhanden sein und die Krankentransporte ebenfalls. Ansonsten gibt es das Insel-Parking. Auf dem Notfall sind eigene Parkmöglichkeiten für Notfälle, Polizei und Ambulanzen vorhanden. Wie erwähnt ist die Insel zwar als Stiftung organisiert, sie ist aber auch die grösste Klinik im Kanton. Sie macht Spitzenmedizin, ist eine Universitätsklinik, hat wie zuvor bereits erwähnt 220 000 Patienten-Kontakte pro Jahr. Dazu kommen alle Besuchenden und die 6000 Personen, die dort arbeiten.

Nur ein kleines Beispiel zur Veranschaulichung, was es hiesse, wenn die Haltestelle verschoben würde. Es geht nicht nur um ältere Menschen, sondern auch um Mütter. Wie wir vor kurzem lesen konnten, ist jedes 13. Kind ein Frühchen. Diese kleinen Kinder kommen häufig nicht auf natürlichem Weg zur Welt, sondern per Kaiserschnitt. Die betreffenden Mütter haben eine Operation hinter sich und müssen diese Frühchen täglich mehrfach besuchen, manchmal über Monate. Dies ist für die Eltern eine grosse Belastung. Jedes Mal ein- und aussteigen, möglicherweise noch mit einer Verletzung am Bauch. Eine direkte Busverbindung zum Insel-Areal würde die Sache deutlich erleichtern. Ein weiteres Beispiel sind die belasteten Angehörigen nach Todesfällen. Ich arbeite selber im Insel-Areal und muss stets wieder feststellen, wie grössere und kleinere Gruppen den langen Weg zwischen dem Inselspitalgebäude und der Bushaltestelle, manchmal unter Tränen, manchmal doch sehr versunken, gehen müssen. Für die zuvor genannten Probleme des von Roll-Areals müssten tatsächlich kreative Lösungen gefunden werden, aber nicht auf Kosten der Inselserschliessung, die jetzt geplant ist. Es ist ein Armutszeugnis unserer Stadt und unseres Stadtparlaments, wenn wir dieser Erschliessung heute nicht zustimmen.

Zum Ringbus existiert ein Postulat von Nadia Omar und Anna Linder, dabei wurde der Postulatsbericht zurückgewiesen. Wie bereits gesagt, kreative Lösungen sind gefragt. Die Postautoabfahrt am Bahnhof muss selbstverständlich städtischen Gegebenheiten angepasst werden. Auch dort sind kreative Lösungen gefragt. Gisela Vollmer, Zweiklassenerschliessung, was heisst denn das? Ich wünsche mir keine Zweiklassen-Gesellschaft und wen spielt man hier gegenseitig aus? Die Bewohnenden der Länggasse gegen die Benutzenden des Inselspitals, eines kantonalen Spitals, das ebenfalls eine Universität ist? Zuvor hiess es, die Universität würde benachteiligt. Auch das Inselspital ist ein universitärer Betrieb.

Zum Abbau des öVs: Natürlich soll kein Abbau des öVs stattfinden. Aber zuvor haben Sie, Gisela Vollmer, gesagt, es gehe um eine Ergänzung. Ist es nun ein Rückweisungs- oder ein Ergänzungsantrag? Natürlich sind wir ein Milizparlament, aber wir sind auch Benutzende des öVs und ich denke, dieser öV-Anschluss ist dringend notwendig. Ich bitte, genau zu bedenken, welche Konsequenzen es hätte, wenn wir diesem Rückweisungsantrag zustimmen würden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Berner Bevölkerung das verstehen würde.

Stéphanie Penher (GB) für die GB/JAI-Fraktion: Die GB/JAI-Fraktion stimmt dem städtischen Baukredit von 1,5 Mio. Franken und den jährlichen Betriebskosten von 6000 Franken zu. Die

GB/JA!-Fraktion hat sich stets für eine bessere öV-Erschliessung des Insel-Areals ausgesprochen. 6000 Mitarbeitende, 220 000 Patientinnen und Patienten und zahlreiche Besuchende – da lässt sich der Betrag von 1,5 Mio. Franken durchaus begründen. Die vorgeschlagene Linienführung hat zudem das Potential, bis ins Areal der KVA am Warmbächliweg, der ausgebaut werden soll, verlängert zu werden, und sie soll auch – wie wir aus der Kommission erfahren haben – bis zum S-Bahn-Bahnhof Ausserholligen weiter gezogen werden. Im Rahmen des nationalen Standortwettbewerbs hat das Inselspital verständlicherweise ein Interesse an einem attraktiven öV-Angebot. Wir begrüssen die nachhaltige Strategie, die auf den öV setzt. Das Inselspital ist dafür auch bereit, für dieses Projekt rund 5 Mio. Franken aufzuwenden. Die GB/JA!-Fraktion ist mit dieser Vorlage nicht restlos glücklich. Die Erschliessung der Haltestelle Güterbahnhof und des von Roll-Areals mit dem Postauto der Linie 101 nach Friesenberg kann unseres Erachtens lediglich als Übergangslösung fungieren. Die rund 4000 zu erwartenden Studierenden im von Roll-Areal werden das vorgesehene öV-Angebot hoffentlich auch bald sprengen und zwar so laut, dass es vielleicht auch der Kanton hören wird und versteht, dass dort vielleicht ein anderes Angebot nötig sein wird.

Aufgrund dessen einen Rückweisungsantrag zu stellen und damit die Erschliessung des Insel-Areals aufs Spiel zu setzen oder zumindest zu verzögern, ist für die GB/JA!-Fraktion unverständlich. Es ist ja nicht so, dass die Studierenden vom Bahnhof zu Fuss ins von Roll-Areal gehen müssen. Aber das Angebot ist effektiv nicht restlos zufriedenstellend. Auf der einen Seite gibt es die Buslinie 12 in die Länggasse, die attraktiv bei der Welle beim Hauptbahnhof hält und deshalb sicher auch kurzfristig aus allen Nähten platzen wird. Aber die Endhaltestelle ist vom von Roll-Areal relativ weit entfernt. Es gibt die Erschliessung mit dem Postauto, dessen Abfahrtsort bisher bei der Postautohaltestelle war und das unseres Erachtens wirklich ab Bahnhofplatz fahren müsste. Dies ist jedoch in Abklärung. Falls dies nicht möglich wäre, müsste man das Angebot mit einer Informationskampagne begleiten und dies würde wiederum Kosten verursachen.

Den Antrag der SVPplus-Fraktion, einen kleinen Ringbus Freiburgstrasse-Friedbühlstrasse zu führen, erachten wir als unnötig, da bereits zwei Haltestellen vorhanden sind, die die Friedbühlstrasse ausreichend bedienen. Zum einen ist die neue Haltestelle Holligen im Perimeter Inselspital vorgesehen und zum anderen die Haltestelle Friedhof an der Murtenstrasse. Wenn sich die SVP dem öV annimmt, soll sie sich bitte nicht päpstlicher als der Papst aufführen. Dennoch sind wir erfreut, dass sie sich auch einmal für den öV interessiert.

Zusammengefasst nehmen wir den Antrag des Gemeinderats an und lehnen alle anderen (Rückweisungs-)Anträge ab.

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: Anscheinend ist dieses Geschäft nicht ganz unumstritten. Alle wollen ihre Wünsche äussern; dafür ist das Parlament auch da und wir sind gewählt, um uns einzubringen und nach Lösungen zu suchen, die wahrscheinlich der jeweiligen Wählerschaft entsprechen könnten.

Wir haben aus folgendem Grund einen Antrag eingereicht: Die Linienführung erachten wir auch nicht als optimal. Die hintere Seite des Inselspitals ist nicht unbedeutend. Wir haben dort immerhin auch noch Eingänge. Ich habe einen Plan des Inselspitals ausgedruckt. Überall gibt es erschliessungswürdige Stellen. Der Friedhof befindet sich dort. Man kann sich sogar überlegen, ob die Linie nicht bis zum Krematorium weitergeführt werden sollte, zu dem vorwiegend ältere Personen von der Stadt her fahren. Es gibt mehrere Varianten. Deshalb macht es Sinn, dem Rückweisungsantrag Folge zu leisten. Wir könnten, falls unserem Änderungsantrag zugestimmt wird, mit der ringförmigen Buslinie leben. Das Geschäft war übrigens auch in der PVS umstritten; es wurde nicht einstimmig verabschiedet, sondern es gab Enthaltungen. Wie nun heute festgestellt werden kann, ist diese Linienführung suboptimal und verbesserungswürdig. Ich hoffe, dass die Planenden darauf eingehen und die Verbesserungsvorschlä-

ge berücksichtigen werden. Wir werden deshalb dem Rückweisungsantrag zustimmen, ausser unser Antrag würde angenommen.

Philippe Müller (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich kann mich den beiden Vorrednerinnen für einmal anschliessen. Diese Vorlage hat wohl Mängel, wie verschiedentlich erwähnt wurde. Auch unsere Fraktion hat das Geschäft intensiv diskutiert. Meines Erachtens müssen auch nicht all die Pros und Kontras noch einmal wiederholt werden. Wir kamen zum Schluss, die Rückweisungsanträge nicht zu unterstützen, wir sagen aber Ja zum Kredit. Dazu kommt, dass die Rückweisungsanträge von verschiedener Seite kommen und vor allem sehr unterschiedliche Ziele verfolgen, womit man wahrscheinlich mit einer simplen Rückweisung auch nicht zu einer Einigung gelangen würde. Darum macht es Sinn, nun mit dieser Vorlage vorwärts zu machen und dem Kredit zuzustimmen.

Einzelvotum

Manfred Blaser (SVP): Sie haben sicher den vorliegenden Plan gesehen. Wir haben heute Abend viel darüber gesprochen. Es wurden gute Argumente vorgebracht. Ich denke jedoch, dass wir vom Planungsamt „verschaukelt“ werden. Es wird nicht so geplant, wie es sein sollte, nämlich menschengerecht. Weshalb müssen wir zwei Haltestellen hundert Meter voneinander entfernt führen? Es heisst, das Inselehospital würde die Haltestelle vor dem Spital selber finanzieren. Dies ist auch unser Geld.

Der nächste Punkt: Weshalb kann man die Linienführung nicht erweitern, so hätten wir praktisch vier Fliegen auf einen Schlag erwischt. Die Linie könnte hindurch bis zur Güterstrasse geführt werden. Diese ist breit genug. Somit würde auch das Krematorium berücksichtigt, falls Personen dorthin gehen möchten. Die Strasse vor dem Inselehospital ist viel zu schmal. Deshalb macht man keine zweite Haltestelle. Stellen Sie sich vor, wie eine Ambulanz vorbeifahren soll, wenn ein Bus dort steht. Würde die Strecke hindurch geführt, hätten wir einen Kreis und somit könnte auch das von Roll-Areal erschlossen werden. Mit dieser Variante können wir nur gewinnen.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Zuerst danke ich der Kommissionssprecherin Patrizia Mordini für die sehr gute Zusammenfassung dieses Projekts und den Fraktionen für die intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema. Die vorberatende PVS hat sehr ausführlich über das vorliegende Bauprojekt diskutiert und diesem mit 6 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen grünes Licht gegeben zur Weiterleitung an den Stadtrat. Ich bin deshalb erstaunt, dass nun erneut die gesamte Grundsatzdiskussion geführt wird. Ich bin jedoch gerne bereit, noch einmal aufzuzeigen – wie bereits einige Male zuvor –, weshalb dieses Projekt für den Gemeinderat, für den Kanton und für das Inselehospital von grosser Bedeutung ist und weshalb wir nun unbedingt vorwärts machen sollten. Ich kann den frisch gewählten Grossrat Philippe Müller unterstützen.

Worum geht es bei diesem Geschäft? Es geht um ein Bauprojekt und nicht um eine Planungsvorlage. Die Stufe der Planung, Manfred Blaser, ist seit Langem abgeschlossen. Dies ist nicht aus dem Bauch heraus geschehen, sondern das Geschäft wurde sehr ausführlich und intensiv geplant. Ich bitte Manfred Blaser, bevor er sich eine Meinung bildet, das Ganze ausführlich zu studieren. Die Öffentlichkeit wurde mehrfach über die möglichen Angebotskonzepte, Linienführungen und alles, was bei einer solchen seriösen Planung unternommen wird, befragt. Die interessierten Kreise konnten an drei Mitwirkungen teilnehmen: Mitwirkung der Regionalen Verkehrskonferenz RVK 4 zum Schlussbericht öV-Erschliessung Insel/von Roll im Oktober 2007, Mitwirkung der RVK 4 zum Bericht zur öV-Erschliessung Insel/von Roll, Zusatzbericht vom Oktober 2008 und Mitwirkung zum Bericht Insel/von Roll, Betriebskonzept vom September 2009. In diesen Mitwirkungen stiess das heute diskutierte öV-Konzept, das

die Voraussetzung war für das Bauprojekt, mehrheitlich auf Zustimmung, insbesondere auch bei der Stadtteil-Organisation QM 3, die davon am stärksten betroffen ist. Der Gemeinderat hat sich deshalb auch positiv zu dieser Bestvariante geäussert. Auch der für die Bestellung des öV-Angebots zuständige Grosse Rat hat den Inselbus bereits ins Angebotskonzept aufgenommen, wie Patrizia Mordini erwähnt hat. Dieser ist in dieser Variante, die wir nun vorgelegt haben, bestellt. Es ist meines Erachtens nicht erstaunlich, dass der Grosse Rat dem Projekt zugestimmt hat. Es geht hier aus meiner Sicht vorrangig um die dringend benötigte Erschliessung eines der grossen hochspezialisierten Zentren für Medizin in der Schweiz, ein Universitätsspital mit internationaler Ausstrahlung, mit grossem Innovations- und Wachstumspotential. Aus unserer Sicht drängt es sich auf, diesen wichtigen Arbeitgeber, das wichtige Spital- und Gesundheitszentrum, endlich besser mit dem öV zu erschliessen. Die Zahlen wurden zuvor erwähnt. Es geht um 6000 Arbeitsplätze mit intensivem Austausch, um unzählige Besuchende und um 200 000 Patientinnen und Patienten im Jahr. Es gibt bestimmt nicht nur einen Weg, der sämtliche Bedürfnisse erfüllen kann. Wir haben uns für denjenigen entschieden, der am besten versucht, zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen den bestmöglichen Kompromiss zu finden.

Sie kennen die lokale Situation. Die Insel ist eigentlich eine kleine Stadt in der Stadt, die heute mit dem öV nur peripher erschlossen ist. Bereits seit Langem ist es ein Bedürfnis – wahrscheinlich quer durch alle Fraktionen – für sie eine bessere öV-Erschliessung zu erreichen. Der Inselbus wurde zusammen mit den Spitalverantwortlichen geplant. Sie sind hier im Saal anwesend – unter anderen Bernhard Leu, Direktor Betrieb – und dies aus einem ganz besonderen Grund. Der grösste Teil der Strassen, über die wir heute diskutieren, ist im Besitz des Inselspitals und gehört nicht der Stadt. Die Haltestellen wurden auch ganz bewusst mit dem Inselspital zusammen geplant. Eine liegt beim Eingang zum Areal, eine beim Ausgang des Areals und eine beim Haupteingang des Inselspitals. Die dritte Haltestelle, dies ist ganz wichtig, soll das Anna Seiler-Haus und das Lory-Haus besser erschliessen. Zwar wird es am Loryplatz ein Tram geben, heute fährt dort noch der Bus. Aber bekanntlich besteht ein grosser Höhenunterschied. Das Inselspital ist ein grosses Areal, das erschlossen werden muss. Deshalb sind die Haltestellen ganz bewusst auf die lokale Situation zugeschnitten und der Antrag der SVPplus-Fraktion, den Jimmy Hofer auch bereits der Kommission vorgebracht hat, würde den Bedürfnissen nicht gerecht. Vor allem würde er auch grosse Verwirrung auslösen, indem man eben einen Rundkurs anbieten würde, bei dem die Personen nicht dort einsteigen könnten, wo sie ausgestiegen sind. Die öV-Planung hat uns gelehrt, eine möglichst grosse Einfachheit anzustreben. Dies haben wir in der Kommission bereits sehr ausführlich diskutiert. Der SVPplus-Antrag wurde dort auch abgelehnt.

Vielleicht wurde dies bis anhin zu wenig betont. Da das Inselspital auf dem Planungsgebiet den grössten Teil der Strassen stellt, übernimmt es auch den grössten Teil der Kosten. Gemäss Strassengesetz, öV-Gesetz, tragen die Strassenbesitzer die Baukosten. Deshalb übernimmt das Inselspital 57 Prozent, die Stadt Bern 14 Prozent der gesamten Baukosten; den restlichen Betrag übernimmt BERNMOBIL und der Kanton für die gesamten Leitungen, die für den Trolleybus benötigt werden. Der Verwaltungsrat des Inselspitals hat seinen Anteil bereits genehmigt und wartet nun auf den Stadtrat. Es wäre meiner Ansicht nach sehr eigenartig, wenn nun der Stadtrat seinen Anteil für die bessere Erschliessung eines der grössten und wichtigsten Arbeitgeber der Stadt Bern nicht beschliessen und damit eine möglichst rasche Umsetzung verunmöglichen würde.

Nun möchte ich mich noch zur Verkehrsplanung äussern, die heute nicht mehr zur Debatte steht, da es sich um ein Bauprojekt handelt. Es wurde lange über die richtige Lösung diskutiert. Viele von Ihnen, die eine andere Lösung wünschen, haben erwähnt, dass sie nichts gegen das Inselspital einzuwenden hätten, aber eine bessere Erschliessung von Universität und von Roll-Areal und der hinteren Länggasse wünschten. Dies sind wichtige Anliegen, die ich

sehr gut verstehe und die wir auch weiter diskutieren werden. Es gibt auch im Stadtrat eingereichte Vorstösse, zu denen wir einen Postulatsbericht vorgelegt haben, der vom Stadtrat nicht akzeptiert wurde. Wir werden die damals eingebrachten Fragen noch einmal erörtern, sei es nun die Haltestelle auf dem Bahnhofplatz, die ganze Anordnung, oder seien es die weiteren Verdichtungen und Verknüpfungen bezüglich Universität von Roll. Aber die grundsätzlichen Entscheidungen wurden eigentlich bereits gefällt, und zwar durch die zuständigen Organe.

Zur öV-Planung: Die öV-Vernetzung hört nicht irgendwo an der Stadtgrenze auf; deshalb wird der öffentliche Verkehr durch die Regionale Verkehrskonferenz geplant, früher durch die RVK 4, heute durch die Verkehrskommission der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Sie überprüft die gesamten Angebotskonzepte, nimmt die Bedürfnisse auf und betrachtet die verschiedenen Nutzungen prospektiv. Sie begutachtet die Variantenstudien nach den besten Erkenntnissen der Planenden und gibt sie in den politischen Prozess hinein. So ist es auch beim vorliegenden Projekt geschehen. Entscheiden wird letztlich der Kanton. Er bestellt einen Bus oder einen Ringbus. Und gerade zum Bereich Ringbus hat sich der Kanton sehr deutlich geäussert. Hans-Dieter Deuschle, Vorsteher des Amtes für öffentlichen Verkehr, hat uns geschrieben, dass der nun vorgeschlagene Ringbus vom Kanton nicht bestellt würde. Letztlich kann man als Stadtrat von den Kompetenzenregelungen her gar nichts anderes bewirken. Der Grosse Rat hat dies bereits entschieden. Deshalb ist der Rückweisungsantrag der SP/JUSO-Fraktion, der aus sehr ehrenwerten Gründen heraus entstand, nämlich zur Unterstützung der Bevölkerung in der Länggasse, so gar nicht umsetzbar. Wir können keine Ringbuslinie bestellen, da dies nicht in unserer Kompetenz liegt. Wir können die Buslinie auch nicht anders verknüpfen. Dies läuft über die RVK 4 bzw. die regionale Planung, und in der Folge über den Kanton, der letztlich die Verantwortung trägt. Dies ist eine Aufgabenteilung im Föderalismus, die mit dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr so beschlossen wurde. Meines Erachtens funktioniert dies sehr gut. Wir haben ein ausgezeichnetes öV-Angebot in der Stadt Bern und es wird auch vom Kanton solidarisch mitgetragen, der zwei Drittel der Kosten bezahlt. Deshalb sind all diese Punkte, die von der SP/JUSO-Fraktion im grossräumigen Bereich und von der SVPplus-Fraktion im kleinräumigen Bereich gefordert werden, gar nicht umsetzbar. Ich bitte Sie dringend, die aufgeworfenen Fragen weiterhin im Zusammenhang mit den Prüfungsberichten zu den von der GFL/EVP- und der SP/JUSO-Fraktion bereits überwiesenen Postulaten zu behandeln und heute dem Bauprojekt zum Inselspital zuzustimmen.

Ich möchte mich noch zu zwei Punkten äussern. Die Parkplätze waren ein Thema. In der Stadt Bern besitzt die Hälfte der Bevölkerung kein Auto. Das heisst, sie ist auf eine bessere öV-Erschliessung angewiesen. Für die anderen Parkplätze erfolgt die Planung über den Kanton und das Inselspital. Man kann doch den Verantwortlichen eines Grossbetriebs im Inselspital zumuten, dass sie ausreichend Parkplätze am richtigen Ort platzieren. Ich kann Ihnen zusichern, dass man mit den Patientinnen und Patienten weiterhin vors Inselspital fahren kann. Ansonsten darf man sich gerne mit Bernhard Leu in Verbindung setzen, um zu schauen, wo denn die Parkplätze genau zu liegen kommen.

Der zweite Punkt: Universität von Roll-Erschliessung. Ich habe es erwähnt, der Kanton bestellt den öffentlichen Verkehr, er bezahlt zwei Drittel des öVs. Er ist auch zuständig für die Universität. Der Kanton achtet darauf, dass er die Universitätsstandorte ausreichend erschliesst. Er hat selber das grösste Interesse daran, dass die zukünftige Universität von Roll, die sich nun erst im Bau befindet, mit dem öV richtig und gut erschlossen wird. Neu wird mit der Postautolinie, die den Güterbahnhof im städtischen Zehnminuten-Takt anfahren wird, das Universität von Roll-Areal nicht nur vom Bahnhof her erschlossen, sondern auch von Westen her, von Bethlehem, Brünnen, vom ganzen Gebiet Eymatt her. Es gibt viele Personen, die vom Westen her zum Universität von Roll-Areal gelangen möchten. Diese haben mit dem neuen Konzept eine um einiges bessere Taktanbindung und damit ist der Universität von Roll-

Standort von beiden Seiten besser erschlossen. In den Spitzenzeiten wird er auf den Universitätsstundenplan abgestimmt und mit Zusatzbussen zusätzlich erschlossen.

Jemand aus der hinteren Länggasse hat mir geschrieben, es sei für eine Bewohnerin oder einen Bewohner der Stadt nicht zumutbar, in ein Postauto einzusteigen, denn dieses sei gelb und der städtische Bus sei normalerweise rot. Da kann ich nur sagen: Im Kanton kämpft man heute in gewissen Gemeinden dafür, dass überhaupt noch ein Postauto fährt. Es wäre unse-res Erachtens ein bisschen arrogant, wenn wir Städterinnen und Städter sagen würden, es sei nicht zumutbar in ein Postauto zu steigen.

Selbstverständlich können wir das Geschäft in der Kommission noch einmal grundsätzlich diskutieren, aber meiner Ansicht nach wurde die Diskussion geführt und – Philippe Müller hat dies auch zu Recht gesagt – die Rückweisungsanträge beinhalten sehr unterschiedliche Ziele. Wir können erneut darüber diskutieren, aber ich denke nicht, dass wir weiter kommen. Wir könnten in einer Kommissionssitzung das Inselspital noch einmal einladen, aber dies würde viel Zeit kosten.

Meines Erachtens sind die Fakten auf dem Tisch. Deshalb bitte ich dringend, diesem Baukredit zuzustimmen. Das Inselspital übernimmt eine grosse Last und Leistung, sicher auch zu seinem Nutzen, aber auch zum Nutzen der ganzen Stadt, der Region und des Kantons und der Schweizerischen Gesundheitspolitik. Dies ist sehr bemerkens- und verdankenswert. Ich bitte, dem Kredit zuzustimmen und zwar nicht meinetwegen, sondern wegen des Inselspitals und wegen der Fortführung und des Ausbaus des öVs.

Jimmy Hofer (parteilos): Ich kann es so nicht ganz stehen lassen. Ich zweifle kein Wort des Gemeinderats an. Aber ich frage mich, weshalb das Geschäft überhaupt in den Stadtrat gelangt. Wir sind hier nicht in der Duma, wo abgenickt und abgewinkt wird, was uns der Gemeinderat vorlegt. Seine Planenden sind Personen, die etwas von der Sache verstehen. Aber ich habe mich in den Stadtrat wählen lassen, um dreinzureden und zu sagen, wenn mir etwas nicht passt. Ansonsten erscheinen wir einfach, um auf den grünen Knopf zu drücken und dem Gemeinderat grundsätzlich Recht zu geben.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Rückweisungsantrag SP/JUSO-Fraktion zu (34 Ja, 32 Nein, 3 Enthaltungen).

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Ich halte fest, dass die SP/JUSO-Fraktion entgegen der Tischvorlage beantragt, dass es eine Rückweisung an den Gemeinderat und nicht an die Kommission ist. Ich nehme an, Sie haben dies mitbekommen. Somit wurde das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen und alle weiteren Abstimmungen zu diesem Geschäft erübrigen sich.

5 Pilotprojekt „Testarbeitsplätze, TAP“; Verpflichtungskredit für die Jahre 2010 bis 2011 sowie Nachkredit zum Globalbudget 2010

Geschäftsnummer 10.000050 / 10/033

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt für die Durchführung des Pilotprojekts „Testarbeitsplätze TAP“ für die Jahre 2010 und 2011 einen Verpflichtungskredit von Fr. 676 000.00.
2. Für das Pilotprojekt „Testarbeitsplätze TAP“ wird der Globalkredit 2010 des Sozialamts (Dienststelle 310) mittels Nachkredit um Fr. 450 000.00 auf Fr. 94 238 145.50 erhöht.

3. Zur Kompensation wird das Globalbudget 2010 (Nettoerlös) der Dienststelle Direktionsstabsdienste, Koordinationsstelle Sucht und Kompetenzzentrum Integration (Dienststelle 300) um Fr. 450 000.00 auf Fr. 97 102 740.20 erhöht.

Bern, 17. Februar 2010

- Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf. -

SBK-Referent *Claude Grosjean* (GLP): Bei vorliegendem Pilotprojekt „Testarbeitsplätze TAP“ geht es darum, mit der Einführung von zehn Testarbeitsplätzen die Arbeitsmotivation von Sozialhilfebeziehenden abzuklären, oder, wenn Missbrauchsverdacht besteht – beispielsweise im Zusammenhang mit Schwarzarbeit –, Abklärungen zu treffen. Es ist ein Pilotprojekt mit einer Dauer von zwölf Monaten und startet bereits am 1. Mai 2010. Es handelt sich um Arbeitsplätze bei der Citypflege, Park- und Grünanlagenpflege. Entlohnt wird diese Arbeit mit 2600 bis 4500 Franken, je nachdem, wie gross die Familie der Sozialhilfe beziehenden Person ist, die die Arbeit leistet. Die Umsetzung dieses Projekts erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Arbeit und in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton, sodass die Kosten auch vollumfänglich lastenausgleichsberechtigt sind. Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) verfasst zum Verlauf des Projekts nach einem halben Jahr einen Zwischenbericht und lässt diesen der SBK zukommen. Es folgt nach einem Jahr eine Schlussevaluation zuhanden Stadtrat. In Biel läuft ebenso ein kantonales Schwesterprojekt, das jedoch den Fokus auf jugendliche Sozialhilfebeziehende gerichtet hat. Die Zielgruppe in Bern sind Sozialhilfebeziehende, deren Situation für den Sozialdienst nicht klar ist. Es geht um eine gezielte Einweisung ins Programm – nur auf Verdacht hin. Es wurde eine Checkliste ausgearbeitet, die gewährleisten soll, dass alle Betreuenden dieselben Kriterien anwenden, um eine Sozialhilfe beziehende Person in das Programm einzuweisen. Die zehn Arbeitsplätze haben eine Kapazität für ungefähr zehn Prozent der Neueintritte. Wer ein solches Programm absolviert hat, darf weiter Sozialhilfegelder beziehen. Es handelt sich um ein sogenanntes Gate im System, das heisst, der Testarbeitsplatz ist nicht Voraussetzung für den Sozialhilfebezug.

Der Verpflichtungskredit von insgesamt 676 000 Franken ist aufgeteilt in einen Nachkredit Sozialamt 2010 von 450 000 Franken und 226 000 Franken, die ins Budget 2011 aufgenommen werden. Die Kompensation mit den Sozialhilfegeldern, die so oder so ausbezahlt werden müssten, führt jedoch dazu, dass die Zusatzkosten deutlich unter den genannten Gesamtkosten zu liegen kommen.

Die SBK hat insbesondere vier Punkte diskutiert. Wir erörterten den Unterschied zwischen dem sogenannten Gate im System, das in diesem Projekt geplant ist, und dem „Gate vor dem System“, wie dies beispielsweise Winterthur anwendet. Darüber waren wir unterschiedlicher Meinung. Ich werde im Fraktionsvotum noch näher darauf eingehen. Weiter wurde die Frage aufgeworfen, ob zehn Arbeitsplätze ausreichen würden. Weil es sich hier um ein Gate im System handelt, also keine Eintrittsvoraussetzung besteht, ist die Anzahl der Arbeitsplätze nicht matchentscheidend. Es können somit alle Fälle früher oder später eingewiesen werden, da keine Dringlichkeit besteht. Überdies wurde die Frage gestellt, wer denn heute die Arbeit ausführe. Die Antwort ist schlicht: niemand. Es sind einmonatige Arbeitseinsätze von Personen, deren Arbeitsmotivation betrachtet wird. Es kann damit kein verbindlicher Leistungsauftrag verbunden werden. Weiter zu diskutieren gab die Bezeichnung „existenzsichernder Lohn“. Klar ist, dass die Arbeit entlohnt wird. Ob diese Löhne existenzsichernd sind im dem Sinn, wie das einige Personen verstehen, bleibt dahingestellt.

Die SBK beantragt mit 6 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Verpflichtungskredit in der Höhe von 676 000 Franken zuzustimmen. Da das Projekt ziemlich unter Zeitdruck steht – am 1. Mai

soll es bereits losgehen –, bitte ich den Stadtrat auch im Namen der SBK, die Diskussionen über Pro und Kontra auf den Zeitpunkt des Vorliegens des Evaluationsberichts zu verschieben.

Ich komme zur Fraktionserklärung der GLP-Fraktion: Die GLP-Fraktion begrüsst das Pilotprojekt Testarbeitsplätze sehr. Es ist unseres Erachtens einer der wichtigen und notwendigen Schritte, der im Sozialhilfesystem neu integriert wurde. Allerdings hätten wir es begrüsst, wenn analog Winterthur ein Gate vor dem System realisiert worden wäre. Der Unterschied zwischen Gate vor dem System und Gate im System ist nicht derart gross. Auch in Winterthur befinden sich rund 80 Prozent der Personen aufgrund ihrer Arbeitsunfähigkeit nicht in einem solchen Programm. Aber es wirkt gegen aussen ganz anders. Jemand, der sich für die Sozialhilfe anmeldet, weiss, dass er dann wahrscheinlich arbeiten gehen muss. In Winterthur konnte durch das Gate vor dem System tatsächlich eine minime Reduktion von Sozialhilfebeziehenden erreicht werden. Falls nur in Einzelfällen Personen in Testarbeitsplätze eingewiesen werden, befürchten wir, dass dies zu Diskriminierung führen kann, weil die ganze Prozedur nie willkürfrei ablaufen kann. Aus unserer Sicht wäre es wertvoller, wenn alle mit einer Einweisung rechnen müssten, falls nicht besondere Gründe vorliegen. Es ist mit Artikel 12 Bundesverfassung und Artikel 23 Sozialhilfegesetz des Kantons Bern sehr wohl vereinbar, ein Gate vor dem System statt ein Gate im System zu haben. Die Aufnahme in die Sozialhilfe wird dabei nicht verhindert, sondern es geht lediglich um die Frage, welches Signal man setzen will. Ob man das Signal setzt: Du kannst Sozialhilfe beziehen, aber du musst auch bereit sein, unter gewissen Voraussetzungen eine Gegenleistung zu erbringen. Ein solches Signal wäre uns wichtig gewesen. Diese Diskussion kann jedoch noch geführt werden, wenn in einem Jahr der Evaluationsbericht vorliegt. Die GLP-Fraktion wird dem Pilotprojekt klar zustimmen.

Fraktionserklärungen

Tania Espinoza (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Im Strategiepapier zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration der Stadt Bern von 2010–2013 ist als zwölfte Massnahme das TAP-Projekt aufgeführt. Es ist eine Massnahme unter vielen. Nun folgt der Verpflichtungskredit für die Jahre 2010–2011. Die GFL/EVP-Fraktion möchte diesem Verpflichtungskredit zustimmen. Wir sind jedoch auch gespannt auf die Evaluation, die dann gemeinsam mit dem Kanton erfolgen wird. Wir möchten dennoch einige Punkte festhalten. Es ist uns ein Anliegen, dass es klar eine einzelne Massnahme, ein Projekt ist. Die Stadt Bern hat viele gute Projekte, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen, bei denen Personen eine Tagesstruktur und Wertschätzung erhalten. Für uns ist schwierig, stets nur von diesen Testarbeitsplätzen zu sprechen. Wenn wir den Blick auf die Schwarzen Schafe richten, wird die Wirklichkeit auch etwas verwischt. Es gibt Personen, die auf Unterstützung angewiesen sind und die nicht so viel arbeiten können und für diese gibt es bereits verbindliche Massnahmen, die die Stadt und der Kanton regeln. Uns ist auch wichtig zu betonen, dass wir darauf warten, wie die Evaluation aussehen wird. Wir wünschen, dass das Projekt in bestehenden Projekten weitergeführt wird. Wir möchten nicht, dass das ContactNetz längerfristig noch mehr Stellen aufstockt. Im Strategiepapier unterstützen wir insbesondere die Massnahme 17, die das Gewicht auf die Kooperation und die Vernetzung zwischen Bund, Kanton und Stadt legt. Die vernetzten Ressourcen sollen genutzt werden.

Es gibt Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen und die sich die Arbeitslosigkeit nicht ausgesucht haben. Wir dürfen den Blick nicht nur auf die anderen werfen.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Die Sozialhilfe ist ein wichtiger Pfeiler für die Existenzsicherung von Menschen, die unter anderem keinen Zugang mehr zum Ar-

beitsmarkt finden. Erwerbslosigkeit kann sehr viele Gründe haben: Krankheit, eingeschränkte Leistungsfähigkeit, fehlende Ausbildung, fehlende Kinderbetreuung, Wirtschaftskrise, Suchtproblematik oder auch soziale Krisen. Langzeitarbeitslosigkeit macht nachweislich krank und führt meistens auch zur sozialen Isolation. Je nach Ursachen der Erwerbslosigkeit und je nach aktueller sozialer Situation sind unterschiedliche Massnahmen erforderlich. Missbräuche bei der Sozialhilfe müssen bekämpft werden. Diesbezüglich sind wir uns alle einig. Ob das vorgeschlagene Projekt das richtige Mittel ist, zweifeln wir hingegen an. Wir sind kritisch gegenüber dem Pilotprojekt TAP. Für uns sind die Kriterien zu wenig klar, wer an diesem Programm teilnehmen muss. Im Vortrag des Gemeinderats heisst es: „Auf die Testarbeitsplätze soll nur in begründeten Fällen zurückgegriffen werden. Zum Beispiel bei Sozialhilfebeziehenden, deren Situation für den Sozialdienst nicht eindeutig fassbar ist.“ Wir fragen uns: Wann ist eine Situation unfassbar oder wann ist eine Sozialhilfe beziehende Person unkooperativ? Etwa wenn sie aufgrund ihrer Sucht nicht am vereinbarten Termin der Sozialarbeiterin oder des Sozialarbeiters erscheint? Wer schützt die Sozialhilfebeziehenden vor Willkür? Das Pilotprojekt Testarbeitsplätze dürfte in keiner Weise das Recht auf Sozialhilfe einschränken. Beim „Passage“-Modell in Winterthur geht man davon aus, dass drei Prozent der potentiellen Klientinnen und Klienten dadurch von der Sozialhilfe abgehalten wurden. Bei der Evaluation des Winterthurer Projekts „Passage“ konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, was mit den Menschen geschehen ist, die nicht am Arbeitsobligatorium teilgenommen haben.

Die Aufgabe des Sozialdiensts besteht aus Betreuung und Integration der von Armut betroffenen Menschen. Finanzielle Mittel sollten für die Integration der Sozialhilfeempfangenden verwendet werden. Die GB/JA!-Fraktion unterstützt nachhaltige Massnahmen zur Arbeitsintegration durch die Sozialhilfe. Heute bestehen in der Sozialhilfe zu wenige Plätze für Arbeitseinsätze und gezielte Förderung der Arbeitsfähigkeit. Dringend nötig ist eine Öffnung in Richtung Durchlässigkeit der Projekte zwischen IV, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe. Aus diesen Gründen wird sich die GB/JA!-Fraktion gegenüber der Vorlage kritisch verhalten.

Philippe Müller (FDP) für die FDP-Fraktion: Grundsätzlich sind wir mit dieser Vorlage einverstanden. Wir haben die Einführung solcher Testarbeitsplätze auch gefordert. Und dennoch ist bei diesem Pilotprojekt der sozialdirektionstypische Klemmer zu erkennen. Es ist die Schmalspurvariante, die vorgelegt wird und die insbesondere zwei Hauptmängel aufweist. Auf die kleineren Mängel wie die existenzsichernden Löhne gehe ich nicht ein.

Der erste Hauptmangel ist die Begrenzung auf zehn Plätze und damit zusammenhängend die Aufnahme in ein solches Programm nur auf Verdacht hin. Die Begrenzung auf zehn Arbeitsplätze ist ein klassisches Eigentor. Letztlich reichen wahrscheinlich zehn, dies ist nicht der Punkt. Aber es wird ein völlig falsches Signal gegen aussen gesendet. Die Betroffenen sagen sich: Die Plätze sind begrenzt, vielleicht trifft es mich ja nicht. Das Signal gegen aussen müsste sein: Grundsätzlich müssen alle ein solches Programm absolvieren, im Wissen darum, dass 80 oder 85 Prozent dennoch nicht infrage kommen werden. Es schadet dem Image der Sozialhilfe in der Stadt Bern, bei der man einmal mehr das Gefühl hat, dass der Auftrag des Parlaments nicht wirklich erfüllt wird.

Der zweite Punkt: Die Personen sollen auf Verdacht hin ausgewählt werden. Es ist mir nicht klar, welche Kriterien dabei herangezogen werden sollen. Gerade die Sozialdirektion soll bestimmten Personen mitteilen, dass sie verdächtig seien und dieses Programm absolvieren müssten. Dies schafft mehr Probleme als es lösen würde. Auch andere Begründungen, wie die Zusammenarbeit mit der GEF oder der Lastenausgleich überzeugen nicht. Es gibt einen Auftrag des Parlaments und dieser muss erfüllt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Aufträge nach einem Jahr ins effektive Projekt einfliessen werden. Wir unterstützen den vorliegenden Antrag, auch wenn er nicht ganz befriedigend ist. Das Projekt wird am 1. Mai gestartet und man kann quasi nichts mehr ändern. Es weist ganz wesentliche Mängel auf. Dasselbe gilt für

das folgende Traktandum, das vielleicht heute nicht mehr behandelt werden kann. Ich würde es begrüßen, wenn der Gemeinderat in diesem Bereich getreu den Vorgaben des Parlaments handeln würde, auch wenn es ihm nicht unbedingt passt.

Wir sind mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden – bis zu einem gewissen Grad auch notgedrungen. Wir erwarten jedoch deutliche Verbesserung beim eigentlichen Projekt nach einem Jahr.

Ruedi Keller (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Ein Teil der SP/JUSO-Fraktion steht dem Pilotprojekt Testarbeitsplätze TAP skeptisch gegenüber. Es fehlt ihm der Glaube an die Nachhaltigkeit des Projekts. Es haftet ihm auch der schale Geschmack des Winterthurer-Modells „Passage“ an, das insbesondere abschreckende Wirkung haben soll. Konkret: Sparen bei der Sozialhilfe, indem es als Gate-Keeping-Modell möglichst viele Personen davon abhalten soll, überhaupt Sozialhilfe zu beziehen. Und das im Wissen darum, dass in der Schweiz wahrscheinlich lediglich noch 50 Prozent der Anspruchsberechtigten überhaupt Sozialhilfe beziehen. Bern ist nicht Winterthur. Das Berner Modell soll auch ein zusätzliches Mosaiksteinchen sein, um missbräuchlichen Bezug von Leistungen in der Sozialhilfe zu verhindern. Es soll nur gezielt auf Personen angewendet werden, bei denen der Kooperations- und Arbeitswille getestet werden soll, bei denen eventuell Schwarzarbeit erkannt und verhindert werden soll sowie als Ergänzung zu den BIAS-Massnahmen. Wir fragen uns allerdings, ob es nicht sinnvoller wäre, in begründeten Verdachtsfällen die bestehenden Instrumente einzusetzen, nämlich die kantonale Stelle zur Bekämpfung für Schwarzarbeit und die Sozialdetektive. Mit diesen Testarbeitsplätzen wird die Ursache einseitig bei den schwächsten Gliedern im ganzen System, nämlich bei den Sozialhilfebeziehenden, gesucht, und die Arbeitgeber, welche Schwarzarbeit zulassen, werden nicht zur Rechenschaft gezogen. Für Jugendliche bestehen ausserdem genügend andere Projekte und Unterstützungsmassnahmen, die mithelfen können, denselben Zweck zu erfüllen: Motivationssemester to do, Case-Management usw. Wir wissen, dass es sich um ein Pilotprojekt handelt, das der Kanton zum grössten Teil zusammen mit der Gemeinde Biel finanziert. Aber uns fehlt der Glaube, dass das Pilotprojekt auch zu einem Abbruch führen könnte. Wir haben in den letzten Jahren nie erlebt, dass Pilotprojekte zu einem Abbruch geführt haben.

Unverständlich erscheint uns auch, dass im Zusammenhang mit den Ansätzen von TAP, die sich an der Sozialhilfe orientieren, von existenzsichernden Löhnen gesprochen wird. Bis heute ist beispielsweise nicht klar, ob der Lohn versteuert werden muss. Damit würden etwa zehn Prozent des Lohns wegfallen und dieser läge im schlechtesten Fall unter dem Existenzminimum. Mit einer solchen Entlöhnung ist es auch nicht möglich, überhaupt eine Vorsorge aufzubauen und das Ganze endet letztlich im mehr oder weniger staatlich sanktionierten Lohndumping, wo Stellen besetzt werden mit einer Entlöhnung, die nahe oder unter dem Existenzminimum liegt. Existenzsichernde Löhne, da besteht ein relativ grosser gesellschaftlicher Konsens, betragen im Minimum 3000 Franken netto. Deshalb wird nur ein Teil der SP/JUSO-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Martin Schneider (parteilos) für die BDP/CVP-Fraktion: Die BDP/CVP-Fraktion begrüsst das Projekt. In vielen Punkten kann ich mich dem Vorredner der SBK-Kommission, Claude Grosjean, anschliessen. Für die BDP/CVP-Fraktion war der zeitliche Rahmen ein wesentlicher Punkt in der Diskussion. Wir sind der Meinung, dass zwei Monate besser wären als nur einer. Wir sind auf die Evaluation des Pilotprojekts, die der SBK nach sechs Monaten vorgelegt wird, sehr gespannt und stimmen dem Kredit zu.

Ueli Jaisli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Mit diesen Testarbeitsplätzen steht dem Sozialdienst ein Instrument zur Verfügung, um den Arbeits- und Kooperationswillen von Sozialhilfe-

beziehenden abzuklären. Natürlich ist ein Arbeitsplatz mit einer Dauer von einem Monat kurz, um brauchbare Resultate zu liefern – aber immerhin lassen sich grundsätzliche Merkmale eruieren. Arbeitsverweigerung, unkooperatives Verhalten etc. lassen sich rasch feststellen und entsprechend kann mit Massnahmen und Sanktionen darauf reagiert werden. So gesehen ist das Ganze ein Schritt in die richtige Richtung. Zuviel darf man jedoch nicht erwarten. Dass beispielsweise Schwarzarbeit mit diesem Modell eliminiert werden soll, hat keinen Tiefgang und wirkt oberflächlich. Da geht jemand einen Monat nicht arbeiten, lässt sich bei der Gemeinde anstellen und was geschieht: Nichts. Niemand bemerkt etwas. Da hinkt das behördliche Wunschdenken wieder einmal beträchtlich der Realität hinten nach. Aber trotz allem, wesentliche und primäre Voraussetzungen betreffend Arbeitsmotivation können mit diesem Modell festgestellt werden. Wir sind überzeugt, dass hier eine teilweise sinnvolle Ergänzung zu den bisherigen Abklärungs- und Massnahmeninstrumenten geschaffen wurde. Verbesserungen und Änderungen werden in diesem Projekt – nicht vergessen, es ist erst ein Pilotprojekt – sicher noch einfließen müssen. Die SVPplus-Fraktion stimmt diesem Kredit zu.

Einzelvoten

Rolf Zbinden (PdA): Wenn ich den Vortrag des Gemeinderats lese, dann glaube ich zu verstehen, dass eine echte Win-win-Situation bestehen könnte, sowohl für den Gemeinderat wie für seine schärfsten Gegner aus dem bürgerlichen Lager. Mir wird gleichzeitig erschreckend deutlich bewusst, wie sich innerhalb von nur wenigen Jahren hinsichtlich der Sozialhilfe einiges geändert hat und zwar nicht an der Peripherie, sondern ganz zentral und wesentlich mit den Testarbeitsplätzen, mit denen dieser Entwicklung jetzt noch ein Glanzlicht aufgesetzt wird. Sie mögen nun je nach Gusto und politischer Opportunität darauf hinweisen, dass es sich nur um ein Pilotprojekt und nur um zehn Arbeitsplätze handle, dass das Projekt lastenausgleichsberechtigt sei, dass es nur diejenigen treffen solle, die dem Kreis der Verdächtigen zugehören. Wenn Sie so argumentieren, stimmen Sie einem Unterfangen zu, mit dem Sie eine Vertrauensbasis untergraben – und das äusserst nachhaltig. Sie werden sehen, unter diesen Massnahmen werden nicht nur Sozialhilfebeziehende leiden, mit diesem Projekt diskreditieren Sie auch noch gleich das Kompetenzzentrum Arbeit und das ContactNetz. Diese Einrichtungen diskreditieren auch sich selbst, wenn sie zur Umsetzung dieser zynischen Operation Hand bieten. Das Pilotprojekt ist zynisch, davon zeugt bereits sein Name: Testarbeitsplätze TAP. Den Begriff werden wir samt der niedlichen Abkürzung unter den Unworten des Jahres wiederfinden. Und wenn dies eine sozialdemokratische Sozialdirektorin unbedingt ihrem Palmarès hinzufügen möchte, ist so zumindest klar ersichtlich, wer welche Interessen vertritt. Testarbeitsplätze: Ein Hohn für alle, die um ihren Arbeitsplatz bangen und für alle, die auf die Strasse gestellt wurden, für alle, die eine Arbeit suchen, die ihren Fähigkeiten entspricht. Arbeit wird zu einer Versuchsanordnung, zu einem Laborinstrument, um Unterwerfung zu testen. Wo sind diejenigen geblieben, die bei jeder Gelegenheit den Wert und die sinnstiftende Qualität der Arbeit hoch halten? Mit dem Pilotprojekt TAP tappt jedoch niemand ganz naiv ins Fettnäpfchen, das hat System in unserem System. Der konzentrierte Angriff auf alle Formen von sozialer Sicherung und Solidarität ist allzu offensichtlich. Zu offensichtlich der Angriff auf diejenigen, die sich unten befinden, während sich die Bankrotteure bereits wieder selbstgefällig die Hände reiben und Extra-Profite einstreichen. Ja, das hat System, der Druck auf die Sozialhilfebeziehenden und auf all diejenigen, die aus der Erwerbsarbeit hinausgedrängt wurden und somit ausser Lohn stehen. Dieser Druck transformiert sich direkt und indirekt in Druck auf alle Arbeitenden und auf alle, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen und besonders auf die Lohnabhängigen der unteren Einkommensklassen. Soweit zur Sinnfrage. Und wer soll dies nun richten? Das Kompetenzzentrum Arbeit und das ContactNetz. Dies ist wahrlich noch einmal eine Geschichte für sich. Der Selbstdarstellung des Projekts Citypflege

kann wörtlich entnommen werden: „Citypflege ist ein integrierter Bestandteil des Massnahmenpaketes, das die Task Force im Zusammenhang mit der Verkleinerung der Drogenszene in der Stadt Bern beschlossen hat.“ Daraus werden nun im „Hosenlupf“-Verfahren die Testarbeitsplätze gezaubert. Damit werden sowohl Drogenabhängige wie Sozialhilfebeziehende aufs Kreuz gelegt.

Zum Motivationsschub, der sich angesichts solcher Testarbeitsplätze bei den Absolventinnen und Absolventen des Kompetenzzentrums Arbeit unweigerlich einstellen wird, wenn sie nämlich sehen, dass ihre Ansprechpersonen die Verantwortlichen für die so genannten Testarbeitsplätze sind – darüber können Sie selber Fantasien entwickeln. Dabei gäbe es wahrlich genug zu tun. Und sicher wäre es für alle Beteiligten sinnvoll, wenn sich die erwähnten Institutionen voll auf ihre Kerngeschäfte und ihre Kernkompetenzen konzentrieren würden, anstatt sich einem Pilotprojekt zu verschreiben, bei dem sich Ziel und Zweck in Kontrolle und Schikane erschöpfen. Ziel und Zweck der Testarbeitsplätze werden vom Gemeinderat unmissverständlich formuliert. Es geht darum, renitente Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe nicht nur mit der gesetzlich festgelegten Reduzierung der Sozialhilfe zu bestrafen, sondern sie aus der Sozialhilfe hinauszudrängen. Das haben wir schwarz auf weiss. Die Aushebelung der gesetzlichen Grundlagen der Fürsorge sollten wir uns auch von einer sozialdemokratischen Sozialdirektorin nicht gefallen und schönreden lassen. Sie werden nicht darum herum kommen, Farbe zu bekennen. Eine Antwort erfolgt am 1. Mai von Arbeitenden, Gewerkschaften, Arbeitslosen und Armutsbetroffenen, und zwar gemeinsam.

Luzius Theiler (GPB-DA): Das kommt davon, wenn man, ohne zu überlegen, wie die Konsequenzen sein werden, einem Vorstoss von Philippe Müller zustimmt. Es führt zu einem abartigen Ergebnis, wie wir es nun vorliegen haben. Aber heute hätten wir an sich die Gelegenheit, diesen Fehlentscheid zu korrigieren. Die bisherigen Voten, mit Ausnahme des letzten, deuten jedoch nicht darauf hin. Der Stadtrat wird das Geschäft anscheinend genehmigen.

Ich war selten von einer Vorlage derart schockiert. Man soll auch nicht dramatisieren, aber diese Vorlage ist aus meiner Sicht klar menschenrechtswidrig. Wir haben in der Erklärung der Menschenrechte das Verbot der Beeinträchtigung der Ehre und des Rufes der Menschen und auch den Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Massnahmen. Wir haben in der Europäischen Menschenrechtskonvention, die auch von der Schweiz unterzeichnet ist, das Verbot von Zwangs- und Pflichtarbeit. Ich möchte gern erfahren, was Strassburg zu einem solchen Verfahren sagen würde.

„In begründeten Fällen“ soll ein derartiger Testarbeitsplatz zugewiesen werden. Wer entscheidet, ob der Fall begründet ist, ob eine Situation eindeutig oder nicht eindeutig fassbar ist, wie da geschrieben steht? Wie zuvor erwähnt, ist dies ein Menschenrecht und man kann gegen eine solche Massnahme Rekurs einlegen. Ich möchte den Gemeinderat fragen, welche Rekursmöglichkeiten für Personen bestehen, die in das TAP-Programm eingewiesen werden. Denn es ist eine schwerwiegende Massnahme. Was geschieht mit diesen Personen? Sie werden wohl mit einem grünen Gewand versehen und sodann an die bevölkerungsreichsten Orte der Stadt gesandt und dort dürfen sie so genannte Citypflege betreiben. Also so genannte illegale Plakate abreissen, Spritzen entfernen oder schauen, dass sich an bestimmten Orten keine Drogenabhängige aufhalten. Alle wissen, diese Personen werden des Missbrauchs verdächtigt und deshalb müssen sie zwangsweise in der Öffentlichkeit arbeiten, um vielleicht so gewisse Anspruchsberechtigungen zurückzugewinnen. Sie werden stigmatisiert und die Sache hat den Charakter einer Art Sozialpranger. Eine solche Politik, eine solche Vorlage ist einfach unmenschlich und bringt auch nichts. Solche Arbeit ist völlig perspektivlos. Diese Menschen lernen ja nichts für ihre Zukunft, für die Wiederintegration in die Arbeitswelt. Ein oder auch zwei Monate nützen nichts. Damit kommen sie nicht wieder in ein reguläres Arbeitsprogramm oder in die Berechtigung für Arbeitslosengelder. Dies ist eine reine Straf- und

Abschreckungsaktion, um Personen davon abzuhalten, überhaupt Sozialhilfe zu begehren – ein Recht, das sie haben und das man ihnen durch solche Hürden verwehren will. Dazu kommt, wie bereits von Ruedi Keller erwähnt, dass der Bruttolohn von 2600 Franken um einiges vom immer noch bescheidenen Minimallohn von 3000 Franken netto entfernt ist. Wer eine Beschäftigung für 2600 Franken ablehnt, der verwirkt sein Recht auf Sozialhilfe. Dies gilt nicht nur für die Testarbeitsplätze, sondern hat weit reichende Präjudizwirkung. Wenn jemand ein Arbeitsangebot für 2600 Franken von irgendeinem Putzinstitut, im Gastgewerbe oder in einem Haushalt ablehnt, kann man ihm die Sozialhilfeberechtigung verweigern. Das heisst, die Personen werden gezwungen, zu Lohndumpingangeboten Ja zu sagen und dies führt natürlich zur Ausnützung und zu einem Unterlaufen all unserer Regeln, die man sich erkämpft hat. Hier gibt es keine kritische Stimmhaltung, sondern hier bitte ich, klar Nein zu sagen.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Ich möchte zuerst Claude Grosjean für die Vorstellung des Geschäfts herzlich danken. In meinen weiteren Ausführungen gehe ich auf die einzelnen Fraktionserklärungen. Die GLP-Fraktion hätte gemäss Votum das Modell analog Winterthur bevorzugt. Dies hat der Gemeinderat, auch in Zusammenarbeit mit der GEF, explizit nicht gewünscht. Denn das Projekt soll nicht abschrecken, sondern damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, Unsicherheiten durch einen einmonatigen Arbeitseinsatz zu klären. Es wurde gesagt, in Winterthur hätten die Sozialhilfezahlen dadurch um ca. drei Prozent reduziert werden können respektive die Personen seien nicht mehr gekommen, weil vorher ein Arbeitseinsatz erforderlich sei. Diese Zahlen sind eine Annahme, es kann jedoch nicht nachgewiesen werden, ob diese Massnahme vorgenannten Effekt gehabt hat. Wichtig ist, alle Klientinnen und Klienten über das Projekt zu informieren. Die Personen, die in die Sozialhilfe kommen, informiert man auch darüber, dass die Stadt Bern beispielsweise ein Sozialinspektorat hat. Viele Klientinnen und Klienten, und da komme ich auf verschiedene Äusserungen zurück, werden bei uns so schnell wie möglich auf die richtige Integrationsschiene gebracht – sei dies nun die berufliche oder soziale Integration. Auch deshalb soll nicht das Modell von Winterthur gewählt werden. Die Sprecherin der GB/JA!-Fraktion hat erwähnt, die Sozialhilfe sei ein wichtiger Pfeiler der Existenzsicherung. Dieser Pfeiler wurde stets noch wichtiger, da die vorgelagerten Sozialversicherungssysteme sparen und dadurch die Sozialhilfe übernehmen muss. Denn sie ist das letzte Netz, der letzte Ort, wenn man die Existenz nicht aus eigener Kraft sichern kann.

Es ist ganz klar, dass die Bedeutung der Sozialhilfe nicht genug betont werden kann, aber es gibt auch Personen, die unkooperativ und schwierig sind. In der Angebotspalette der Stadt Bern zur beruflichen und sozialen Integration fehlt dieser Mosaikstein, wie es Ruedi Keller zuvor gesagt hat. Die Angebotslücke besteht dort, wo die Arbeitsmotivation der Sozialhilfeklientinnen und -klienten unklar ist oder bei allfälliger Schwarzarbeit. Das Projekt gibt uns ein Instrument in die Hand, um in dieser Hinsicht Abklärungen zu treffen. Die Personen werden über einen möglichen einmonatigen Arbeitseinsatz informiert und damit sind sie auch vor Willkür geschützt. Der Zugang zur Sozialhilfe wird damit nicht grundsätzlich eingeschränkt, sondern der überwiegende Teil der Personen kann direkt den beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen zugeführt werden, so wie es heute gemacht wird.

Es wurde gesagt, die Betreuung sei nicht nachhaltig. Die Testarbeitsplätze für einen Monat, das ist logisch, sind in keiner Art und Weise eine nachhaltige Massnahme, sondern es geht darum zu schauen, weshalb sich jemand nicht kooperativ verhält. Nach diesem Monat sieht man vielleicht, wohin diese Person gehört oder man stellt fest: Diese Person hat gar keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Die Testarbeitsplätze hat niemand als nachhaltige Massnahme verkauft, aber unsere Strategien zur beruflichen und sozialen Integration zeigen klar auf, dass die Stadt Bern ihre Verantwortung in diesem Bereich zu einem hohen Grad wahrnimmt, und zwar erfolgreich. Es wurde vom FDP-Sprecher bemängelt, es sei eine Schmalspurvariante, es

seien zu wenige Plätze vorhanden und man nehme die Personen einzig auf Verdacht hin in ein Programm auf. Das Sozialinspektorat wird aber auch erst auf Verdacht hin aktiv. Wir wählen bei den Testarbeitsplätzen bewusst diesen Weg.

Es wurde mehrmals erwähnt, dass das Pilotprojekt von der GEF evaluiert wird. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse. Wir haben das Projekt in Zusammenarbeit mit der GEF erarbeitet. Die GEF möchte nicht Riesensummen investieren; deshalb diese zehn Plätze, um nicht alle unter Generalverdacht zu stellen. Die Massnahme kommt erst zum Zug, wenn ein Verdacht besteht.

Der SP/JUSO-Sprecher hat die Nachhaltigkeit angesprochen und zudem moniert, das Ganze werde auf dem „Buckel der schwächsten Glieder“ ausgetragen. Da möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Wen betrifft es denn eigentlich? Es betrifft diejenigen, die unkooperativ, zum Teil renitent sind.

Was den Ansatz bei den Steuern anbelangt. Wenn die betreffenden Personen steuerpflichtig sind, müsste der Ansatz sicher erhöht werden. Aber worum geht es? Sprechen wir von einem Lohn übers Jahr gesehen oder über einen einzigen Monat?

Rolf Zbinden und auch Luzius Theiler haben das Pilotprojekt als zynisch empfunden. Luzius Theiler hat gesagt, dies sei halt so, wenn ein Müller-Vorstoss zur Annahme empfohlen werde. Luzius Theiler, der Gemeinderat hat diese Massnahme bereits im September 2007 beschlossen; ein Projekt in Anlehnung an das Modell „Passage“. Wir hätten den Müller-Vorstoss gar nicht benötigt. Dieses Projekt war bereits Bestandteil des ersten Massnahmenpakets im September 2007. Luzius Theiler möchte wissen, was geschieht, wenn jemand nicht erscheint. Falls der Stellenantritt ohne triftigen Grund nicht erfolgt, dann veranlasst die Sozialarbeiterin oder der Sozialarbeiter die Einstellung des Lohns und damit auch die Einstellung der Sozialhilfe; dort kann in der Folge der Rechtsweg beschritten und Rekurs eingelegt werden. Noch einmal: Es geht um maximal einen Monat, während dessen sich eine Person im Testarbeitsplatz befindet. Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat, dem Pilotprojekt grünes Licht zu geben. Wir selber sind sehr gespannt auf die Evaluation. Wir haben mit der SBK bereits vereinbart, sie nach Vorliegen des Zwischenberichts darüber zu informieren. Ich danke dem Stadtrat für die Zustimmung zu diesem Kredit.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu (48 Ja, 13 Nein, 8 Enthaltungen).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Aebersold Michael SP, Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Bertschy Kathrin GLP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Gül Leyla SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Müller Philippe FDP, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, von Greyerz Nicola SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zimmerli Christoph FDP, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Fischer Regula GPB-DA, Keller Ruedi SP, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Mathieu Corinne SP, Mordini Patrizia SP, Ruch Rahel JA!, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB, Walliser Tanja JUSO, Zbinden Rolf PdA

Enthaltungen: Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Conzetti Conrardin GFL, Göttin Thomas SP, Penher Stéphanie GB, Sancar Hasim GB, Vollmer Gisela SP

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

Abwesend: Bill Lea JA!, Glauser Jeannette GB, Grossi Guglielmo SP, Haudenschild Ueli FDP, Hess Erich J. JSVP, Imboden Natalie GB, Jordi Stefan SP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Michel Christine GB.

- Traktandum 6 wird auf die Abendsitzung verschoben. -

7 Motion Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD): Visitenkarte der Stadtberner Taxis aufwerten

Geschäftsnummer 09.000110 / 09/360

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 14. Oktober 2009

Peter Wasserfallen (SVP) stellvertretend für Robert Meyer (SD): In der Motion sind vier Punkte aufgeführt. Die Punkte 2 und 4, Einheitliche Tarifstruktur und 24-Stunden-Präsenzpflicht, haben wir zurückgezogen. Es geht bei dieser Motion nur noch um die Einführung von obligatorischen Navigationsgeräten sowie um akzeptable Sprachkenntnisse der Taxifahrenden. Ich bitte, dieser Motion so zuzustimmen. Weshalb? Ein Fahrer soll die Fragen verstehen und darauf antworten können. Zudem ist ein Navigationssystem nicht mehr allzu teuer. So kann man davon ausgehen, dass man in einer relativ vernünftigen Zeit von A nach B kommt und nicht Umwege auf sich nehmen muss. Als ausländischer Gast oder als Bernerin, Berner soll man ins Taxi einsteigen und fragen können, was es kostet, verstanden werden und ans gewünschte Ziel gelangen können. Wir bitten, den beiden Punkten dieser Motion zuzustimmen. Die Abstimmung erfolgt punktuell.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Punkte 2 und 4 wurden zurückgezogen. Ich bitte, sich dazu nicht mehr zu äussern.

Fraktionserklärungen

Manuel C. Widmer (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Ich möchte drei Erlebnisse mit Taxis erwähnen. Man kann sich kaum vorstellen, wie häufig man in der Stadt Bern einem Taxifahrer erklären muss, welchen Weg er fahren muss, um ans Ziel zu gelangen. Das letzte Mal so geschehen, als ich als DJ abgeholt wurde und dem Taxifahrer quasi von der Aarberggasse an den Weg zur Metzgerei Meinen erklären musste. Zweitens hat man heute als Taxi benutzende Person häufig das Problem der Fahrkosten. Diese werden zwar an der Türe des Taxis deklariert, schaut man jedoch im Taxi, leuchten nicht selten plötzlich Anzeigen von Taxen, die es gar nicht gibt oder man fährt pauschal. Fährt man pauschal und vergleicht dann mit den Uhren, bezahlt man annähernd den doppelten Betrag. Der Normalpreis vom Bahnhof bis in den Mattenhof liegt zwischen 11 und 15 Franken. Pauschalpreise beginnen bei 20 Franken. Drittes Erlebnis: Seit der Liberalisierung im Taxiwesen hat man die Möglichkeit, in dasjenige Taxi zu steigen, das man sich aussucht. Macht man dies, wird man nicht selten vom vorderen Taxifahrer beschimpft, aber auch von derjenigen Taxifahrerin, bei der man einsteigt. Mittlerweile sagen die Taxifahrenden: „Möchten Sie nicht lieber vorne einsteigen, sonst bekomme ich Probleme.“ Die Probleme des Taxiwesens in der Stadt Bern sind hinlänglich bekannt. Die erleben Sie und ich jeden Tag. Die Frage ist, was unternommen werden kann. Das Problem für uns und auch für diese Motion ist, dass man irgendwann das Heft aus der Hand gegeben hat und mittlerweile der Kanton bestimmt, was die Stadt Bern im Taxiwesen darf und was nicht. Dort müsste man ansetzen und so äussert sich auch der Gemeinderat. Ich hoffe, er sei da wirklich aktiv und setze sich beim Kanton ein. Die Stadt Bern hätte aber auch Handlungsmög-

lichkeiten, und meines Erachtens sollte sie diese wahrnehmen. Schliesslich fahren und stehen all diese Taxis auf Berner Boden. Ich denke, es gibt Möglichkeiten – auch wenn das Regulatorium auf kantonaler Ebene liegt – in der Stadt Bern selber einzugreifen. Beispielsweise wäre es vorstellbar, in anderen Bereichen als Stadt aktiv zu werden oder Regierungsrat Hans-Jürg Käser mitzuteilen, dass man gerne aktiv werden möchte, beispielsweise mit Wiederholungskursen für Taxifahrende, Vorgaben von minimalen Präsenzzeiten, klaren Tarifstrukturen, Qualitätslabel, Klärung von Warten und Standorten, Aufstockung der Kontrollbehörde, dort mangelt es extrem. Die Gewerbepolizei der Stadt Bern hätte an und für sich ein System entwickelt, wie Kundinnen und Kunden, die nicht zufrieden sind, sich melden können. Es gibt sogar standardisierte Formulare zum Ausfüllen. Nur weiss dies leider niemand. Die Gewerbepolizei hat auch keine Möglichkeit, die Formulare zu verteilen, weil dazu die nötigen Ressourcen fehlen. Vielleicht könnte man sich auch in diesem Bereich etwas überlegen.

Heute habe ich im Namen unserer Fraktion ein Postulat eingereicht, sich Gedanken zu machen, wie das Taxiwesen in der Stadt Bern ökologischer gestaltet werden könnte. Beispielsweise könnten Taxis bevorzugt werden, die mit Hybrid- oder mit alternativen Antrieben fahren. In dieser Hinsicht bestünden noch einige Möglichkeiten. Im Grundsatz stellen wir fest, dass alle mit dem Taxiwesen in der Stadt Bern eher unzufrieden sind. Es gab zu diesem Thema bereits Postulate, Motionen und Interpellationen aus allen Fraktionen. Ich bitte den Gemeinderat, diesbezüglich vorstellig zu werden. Taxis sind der erste Berührungspunkt, den die Touristinnen und Touristen mit der Stadt Bern haben. Sie steigen in ein Taxi ein und wenn dieses Erlebnis nicht positiv ist, wenn die Qualität nicht stimmt, schlägt dies zurück auf die ganze Stadt. Wir müssen dort eine Verbesserung erzielen. Deshalb stimmt die GFL/EVP-Fraktion den beiden Punkten als Postulat zu.

Henri-Charles Beuchat (CVP) für die BDP/CVP-Fraktion: Die BDP/CVP-Fraktion stimmt dem Vorstoss auch als Postulat zu. Wir möchten den Handlungsspielraum des Gemeinderats einschränken. Aus unserer Sicht sind die aufgeworfenen Fragen gut und deshalb unterstützen wir das Postulat.

Hasim Sancar (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion wird die beiden Punkte ablehnen. Wir stellen fest, dass die SVPplus-Fraktion zwei Punkte dieser Motion aufgrund ihrer Problematik zurückgezogen hat. Die beiden anderen Punkte sind auch problematisch, denn die Taxiführerinnen und -führer legen eine strenge Prüfung ab und wer diese besteht, hat auch ausreichend Deutschkenntnisse. Es geht also um etwas anderes und deshalb werden wir die beiden Punkte ablehnen.

Was die GFL/EVP-Fraktion noch vorgebracht hat, ist eine allgemeine Diskussion. Wir haben diese zum Teil geführt. Meines Wissens ist die Bevölkerung mit dem Taxiwesen im Allgemeinen zufrieden, aber anscheinend sehen das einige Personen anders.

Hans-Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Es kommt mir vor, als sähe ich alles seitenverkehrt. Plötzlich werden von bürgerlicher Seite Anträge gestellt auf Einschränkung des freien (Taxi-)Gewerbes und von der GB-Seite Anträge auf Nicht-Einschränkung. Die FDP hat eine klare Position. Wer erfolgreich ein Taxiunternehmen führt, ist erfolgreich, weil er einen guten Service bietet. Es ist nicht an uns, einem Taxiunternehmen noch mehr Vorschriften zu machen. Wer, so wie es Hasim Sancar gesagt hat, in den vorgeschriebenen Ausbildungen nicht reüssiert oder wer einen schlechten Service bietet, wird von allein vom Markt verdrängt. Es gibt zahlreiche Taxiunternehmen in der Stadt Bern, die sehr erfolgreich sind. Einer fährt oder fuhr sogar mit einem Gasauto. In diesem Bereich gibt es nichts zu regulieren. Ich bitte, die Motion abzulehnen.

Motionär *Peter Wasserfallen* (SVP): Da es sich hier ohnehin um eine Richtlinienmotion handelt, wandeln wir sie in ein Postulat um und stimmen punktweise ab. Die GFL/EVP-Fraktion stimmt zu, die SVPplus-Fraktion stimmt allemal zu, die BDP/CVP-Fraktion stimmt auch zu. Ich möchte die FDP-Fraktion aufrufen, der Postulatsform zuzustimmen, denn die Sache wird dann ohnehin über den Kanton laufen. Andere Vorstösse sind auch noch hängig oder wurden bereits überwiesen. In diesem Sinn, bitten wir den vorliegenden Vorstoss zu unterstützen. Die SVP ist selbstverständlich auch für ein freies Gewerbe, die Taxiunternehmen müssen jedoch gewisse Spielregeln einhalten. Die Liberalisierung im Jahr 1993 war sinnvoll. Aber anscheinend hat sie inzwischen Stilblüten getrieben. Deshalb fordere ich beide politischen Flügel auf, den Punkten 1 und 3 der Motion als Postulat zuzustimmen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Die Liberalisierung des Taxigewerbes hat zu einem Überangebot in den Städten und ganz klar auch zu Qualitätsverlusten geführt. Diesen Sachverhalt stellen wir fest in den Städten Bern, Thun und Biel. Die soeben geschilderten Zustände sind real und bereiten auch mir Sorgen. Von daher würde eigentlich einzig eine Kontingentierung der Taxibewilligungen etwas bringen. Alle anderen Rezepte und Forderungen, die in den Raum gestellt wurden, sind gemäss aktuellem kantonalem Recht nicht durchführbar. Die drei vorgeannten Städte werden sich jedoch noch im April mit Herrn Regierungsrat Hans-Jürg Käser treffen und versuchen, Druck zu machen.

Beschluss

1. Die Motionärin Fraktion SVPplus zieht die Punkte 2 und 4 der Motion zurück.
2. Die Motionärin Fraktion SVPplus wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt Punkt 1 als Postulat erheblich (42 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung).
4. Der Stadtrat erklärt Punkt 3 als Postulat erheblich (47 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung).

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Christine Gygax Aglamaz*

Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Cristina Anliker-Mansour
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Thomas Begert
Kathrin Bertschy
Henri-Charles Beuchat
Manfred Blaser
Peter Bühler
Thomas M. Bürki
Rithy Chheng
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Tania Espinoza
Regula Fischer
Jan Flückiger
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Simon Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean

Beat Gubser
Leyla Gül
Lukas Gutzwiller
Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Vania Kohli
Michael Köpfli
Peter Künzler
Lea Kusano
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Claudia Meier
Christine Michel
Patrizia Mordini

Philippe Müller
Stéphanie Penher
Pascal Rub
Hasim Sancar
Martin Schneider
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Tanja Sollberger
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Peter Wasserfallen
Thomas Weil
Béatrice Wertli
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Michael Aebersold
Rania Bahnan Buechi
Lea Bill
Jeannette Glauser

Guglielmo Grossi
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess

Stefan Jordi
Robert Meyer
Rahel Ruch

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE

Edith Olibet BSS

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD

Regula Rytz TVS

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreter
der Ratssekretär
Markus Schütz, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadt-
schreiberin

- Traktandum Nr. 11 wird vorgezogen. -

11 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011–2014

Geschäftsnummer 10.000058 / 10/020

Finanzpolitische Grundsätze des Gemeinderats:

1. Keine Budget- und Rechnungsdefizite bis zur vollständigen Abtragung des Bilanzfehlbetrages.
2. Die aufgelaufenen Bilanzfehlbeträge werden gemäss Legislaturziel bis 2012 getilgt.
3. Die Finanzen werden durch Sparmassnahmen und Optimierung der Erträge entlastet.
4. Zuzug von Steuersubstrat dank Wohnungsbau und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen.
5. Die hundertprozentige Selbstfinanzierung der Investitionen ins Verwaltungsvermögen (ohne Sonderrechnungen und Anstalten) durch harmonisierte Abschreibungen wird vorübergehend zu Gunsten der Werterhaltung der Infrastrukturanlagen reduziert.
6. Baulicher Nachholbedarf bei Hoch- und Tiefbau sowie Anlagen: Der Unterhaltsnachholbedarf wird durch eine Erhöhung der Investitionssumme reduziert, aber auch durch ein konsequenteres Kostenmanagement (target costing) sukzessive kompensiert.
7. Ein Investitions- und Unterhaltsnachholbedarf bei Mobilien, Maschinen, Fahrzeugen und im Informatik- und Telekommunikationsbereich darf nicht entstehen. Eine Senkung der entsprechenden Standards bzw. ein Verzicht auf nicht zwingend nötige Anschaffungen muss durchgesetzt werden.
8. Optimierung der Gewinnabschöpfung bei eigenen Unternehmungen und konsequente, verursachergerechte Belastung von Sonderrechnungen und gemeindeeigenen Unternehmungen.
9. Mittelfristiges Ziel ist die Schaffung von Eigenkapital.

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2011-2014.

Bern, 3. März 2010

Planungserklärung der Finanzdelegation

Der Gemeinderat wird beauftragt, für den IAFP 2012-2015 folgende Punkte einzuhalten:

- a. allfällige neurechtliche Bilanzfehlbeträge sind innerhalb der Planungsperiode (bis 2015) abzutragen unter Beibehaltung der Steueranlage von 1,54
- b. auf nicht lastenausgleichsberechtigte Neuausgaben ist in aller Regel zu verzichten.
- c. auf den Ausbau von Stabsstellen ist zu verzichten.
- d. die voraussichtliche Entwicklung der Personalbestände (Arbeitseinheiten) pro Dienststelle ist im IAFP auszuweisen.
- e. es werden Szenarien aufgezeigt, wie in allen Planjahren mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden könnte.

Minderheitsantrag der Finanzdelegation

Die Planungserklärung der Finanzdelegation wird wie folgt ergänzt:

Der Stadtrat unterstützt die finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderates (siehe S. 20 IAFP).

Ergänzungsantrag der Fraktion GFL/EVP

Die Planungserklärung ist wie folgt zu ergänzen:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2011-2014 ist wie folgt anzupassen:

- a. PG100100: auf die Schaffung Stelle Stabsmitarbeiter/in ist zu verzichten.
- b. PG050000: auf den Ausbau beim Informationsdienst ist zu verzichten.
- c. PG120000: auf den Ausbau bei der Denkmalpflege ist zu verzichten.
- d. PG130100: auf die Stellenaufstockung bei der Stadtentwicklung ist zu verzichten.
- e. PG170500: auf den Ausbau beim Stadtplanungsamt ist zu verzichten.

Änderungsantrag der Fraktion BDP/CVP zur Planungserklärung der Finanzdelegation

b. auf ~~nicht lastenausgleichsberechtigte Neuausgaben~~ ist in aller Regel **nicht kompensierbare Neuausgaben (Grundlage Globalbudget)** ist zu verzichten.

Planungserklärung der Fraktion BDP/CVP

Der Stadtrat gibt gemäss Artikel 58, Absatz 2 der Gemeindeordnung („eigene Erklärung“) die folgenden Erklärungen zum IAFP 2011-2014 ab:

- a) Der IAFP 2011-2014 ist auf der Basis der 42 Stundenwoche für alle Beschäftigten der Stadt zu gestalten Begründung: Budgetausgleich ohne Stellenabbau, der Mehrbedarf an Personal kann ohne zusätzliche Anstellungen aufgefangen werden.
- b) IAFP generelle Planungsannahmen S.11 Punkt 2 wird wie folgt ergänzt: Rückführung Stabe (Überschrift) Wegen der markanten Mehrkosten ist auf die Stabe Rückführung zu verzichten. Der IAFP basiert auf der Annahme, dass die Stabe Rückführung aus Kostengründen nicht weiterverfolgt wird.

Planungserklärung der Fraktion GB/JA

Der Gemeinderat wird beauftragt, für den IAFP 2012-2015 folgende Punkte zu berücksichtigen:

- a. Gemäss Beschluss des Grossrats zur **Steuergesetzrevision sind die Auswirkungen im IAFP zu aktualisieren** und dem Stadtrat spätestens mit der parlamentarischen Beratung des Budgets 2011 zu unterbreiten.
- b. Eine Übersicht der Kürzungen der Globalbudgets von 10 Mio in den Direktionen und die bereits **im laufenden Budget 2010 ergriffenen Budgetmassnahmen** sind dem Stadtrat spätestens mit der parlamentarischen Beratung des Budgets 2011 zu unterbreiten.
- c. Bei den finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderates erfolgt eine Korrektur:
2. „Die **aufgelaufenen Bilanzfehlbeträge werden gemäss Sanierungsplan des Kantons bis 2017** vollständig abgeschrieben.“
- d. Für folgende neuen Ausgaben sind die Folgen eines **Verzichts, bzw. einer Verschiebung aufzuzeigen**: Geschäftsverwaltungsprogramm GEVER (Fr. 410'000 p.a.); Koordinationsstelle Katastrophen/Notlagen KATANOT (Fr. 183'600-187'380 ab 2012)
- e. Aufzuzeigen wie die **massiven Kostensteigerungen Tierpark** (Fr. 400'000-500'000 p.a.) **und Umzug Feuerwehr** (8.5 Mio) **reduziert werden können**. Beim Tierpark ist der Verweis auf die gemeinderätliche Gesamtplanung 2000-2015 ungenügend für den Kostenzuwachs.
- f. Es soll die Umsetzung folgender Stadtratsbeschlüsse im IAFP aufgezeigt werden:
 - **Ausbau der Kinderbetreuung** gemäss Motion Teuscher (Genügend Krippenplätze in der Stadt Bern) vom 26. April 1990 mit Fristverlängerung bis Ende 2010
 - **Motion „SlowUp**, der erfolgreiche autofreie Erlebnistag 2010 auch in Bern“
 - Postulat Jordi: „Die **Förderung des Fuss- und Veloverkehrs** muss auch in Zukunft gesichert werden!“
 - Postulat: Stärkeres Engagement der Stadt für die **Luftreinhaltung**

- g. Angesichts der aktuellen angestiegenen Teuerung (Monat März 1.3%) ist die geplante Streichung des **Teuerungsausgleichs für 2011 zu überprüfen**, bzw. zumindest ein Teilausgleich zur Sicherung der Kaufkraft zu prüfen.

Daniel Klauser (GFL) für die Finanzdelegation: Ein kurzer Rückblick: Die Rechnung 2009 hat um rund 25 Millionen Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Dadurch konnte der altrechtliche Bilanzfehlbetrag per Ende 2009 auf rund 50 Millionen Franken reduziert werden. Ein Seitenblick: Aufgrund der stark sinkenden Steuereinnahmen – aktuelle Schätzungen gehen von rund 24 Millionen Franken weniger Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 2010 aus – hat der Gemeinderat bereits für das laufende Jahr Sparvorgaben in der Grössenordnung von 10 Millionen Franken beschlossen, die auf die Direktionen aufgeteilt worden sind. Trotz diesen Sparvorgaben und weiteren Sparbemühungen muss damit gerechnet werden, dass 2010 nicht wie vorgesehen erneut 25 Millionen vom altrechtlichen Bilanzfehlbetrag abgeschrieben werden können. Basis des IAFP ist natürlich immer noch der Voranschlag 2010, deswegen geht der IAFP davon aus, dass per Ende 2010 25 Millionen des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags übrig bleiben werden.

Nach Rück- und Seitenblick ein Ausblick, nämlich auf den vorliegenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011 bis 2014. Der IAFP ist ein Steuerungsmittel für mittelfristige Aufgaben (Finanzen und Leistungen). Er enthält einerseits Prognosen über Steuereinnahmen (eine der schwierigeren Prognosen), andererseits über Einnahmen aus dem Finanz- und Lastenausgleich usw. Er enthält aber auch Planwerte über Investitionen und vorgesehene Veränderungen bei einzelnen Produktgruppen. Gemäss Gemeinderat hat der IAFP auch die Rolle eines Frühwarnsystems.

Kurz zu den Prognosen des IAFP. Eine Prognose betraf den Ausbau der Polizei. Dort ging man davon aus, dass bei der Abstimmung Anfang März der Gegenvorschlag des Gemeinderats angenommen werden würde. Das hat sich als richtig herausgestellt, die Finanzplaner haben eine gute Prognosefähigkeit an den Tag gelegt. Bei der Steuergesetzrevision lag man eher daneben: Im uns vorliegenden Finanzplan war der Antrag des Regierungsrats an den Grossen Rat berücksichtigt. Wie wir wissen, hat der Grosse Rat inzwischen weitergehende Steuersenkungen beschlossen. Die Auswirkungen davon sind Mindereinnahmen ab 2012 von rund 15,5 Millionen statt der berücksichtigten 9 Millionen Franken. Die Bilanz 2012 bis 2014 sieht also um rund 6,5 Millionen schlechter aus, als im IAFP dargestellt ist. Eine weitere Prognose geht davon aus, dass aus dem neuen FILAG ab 2012 zusätzlich 11 Millionen Franken Einnahmen für die Stadt resultieren. Die Steuereinnahmen sind auf S. 26 aufgeführt – hierzu muss man sagen, dass das vor allem für die späteren Jahre zu einem gewissen Grad Kaffeersatzlesen ist. Es bleiben viele Unsicherheiten. Die Mindereinnahmen aufgrund der Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision entsprechen auf städtischer Ebene rund einem halben Steuerzehntel (ein Steuerzehntel in der Stadt Bern beträgt zwischen 23 und 25 Millionen Franken; Mindereinnahmen sind in der Grösse von 16 Millionen).

Weitere Prognose: Man ging von einem Personalkostenzuwachs von jährlich 1 Prozent aus. Für 2011 ist man davon ausgegangen, keinen Teuerungsausgleich leisten zu müssen. Der wurde nicht etwa gestrichen, weil man ihn nicht gewähren wollte, sondern man ging davon aus, dass der Mechanismus, der in den entsprechenden Reglementen vorgesehen ist, nicht zum Tragen kommt, weil man von einer schwachen Teuerung ausgeht.

Neben den Prognosen enthält der IAFP auch diverse Planwerte. Berücksichtigt sind die Kürzungen von 10 Millionen in den Globalbudgets, wie ich eingangs schon erwähnt habe. Ebenfalls berücksichtigt ist, dass die Verzinsung des Kapitals des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik belassen wird.

Welche Risiken sind zusätzlich zu erwähnen? Einerseits die Steuergesetzrevision: Dieses Risiko aus Sicht des Finanzplans hat sich schon bestätigt, da sind die Steuerausfälle grösser,

als es hier berücksichtigt ist. Als Risiko wird auch die Finanzlage von Kanton und Bund genannt. Auch deren Finanzlage hat immer wieder zur Folge, dass Lasten auf die Gemeinden abgewälzt werden. Erwähnt ist auch, dass beim Lastenausgleich nicht das resultieren muss, was man jetzt vorsieht, dass also die vorgesehenen 11 Millionen nicht gewährt werden könnten. Auch geht man in diversen Produktgruppen davon aus, dass Leistungen über den Lastenausgleich finanziert werden können – ob das der Kanton auch wirklich akzeptiert, kann man im Voraus nicht immer genau sagen. Ein Beispiel hierzu sind Kita-Plätze: Man kann hoffen, dass der Kanton diese als lastenausgleichsberechtigt anerkennt, aber man weiss es nicht mit letzter Sicherheit.

Als Chancen werden neben den zusätzlichen Einnahmen aus dem FILAG auch Finanzierungsmöglichkeiten für den Agglomerationsverkehr durch den Bund erwähnt, die Investitionen vergünstigen könnten.

Der Gemeinderat hat seine finanzpolitischen Grundsätze auf S. 20 des IAFP dargelegt, ich möchte nicht im Detail darauf eingehen. Hauptpunkt ist, dass die verbleibenden altrechtlichen Bilanzfehlbeträge bis Ende Legislatur mit je rund 12,5 Millionen Abschreibung 2011 und 2012 abgebaut werden sollen.

Zur Entwicklung des Gesamthaushalts: Der Finanzplan sieht für das Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vor, in den Jahren 2012/2013 sind Defizite zwischen 22 und 28 Millionen Franken vorgesehen (die Zahlen müssen aufgrund der Steuergesetzrevision jeweils um die zusätzlichen 6,5 Millionen korrigiert werden). Zu erwähnen ist auch die Entwicklung gegenüber dem letzten IAFP: Der IAFP 2010 bis 2013 sah für 2011 noch ein Defizit von 17 Millionen vor; in diesem IAFP sind also Entlastungen von insgesamt 38 Millionen drin, gegenüber dem letzten IAFP sind also massive Entlastungen vorgenommen worden. Die wichtigsten Punkte sind: Mehr Geld aus dem Disparitätenabbau (hat mit geringeren Steuereinnahmen zu tun), weniger Abschreibungen (die Abschreibungen auf dem altrechtlichen Finanzfehlbetrag konnten halbiert werden, weil man 2009 schon 25 Millionen mehr abschreiben konnte); von der ursprünglich vorgesehenen Senkung der Verzinsung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik konnte abgesehen werden; der Verzicht auf Teuerung; die 10 Millionen globale Sparvorgabe. So setzen sich die 38 Millionen zusammen.

Zu den Investitionen: Die Investitionen liegen zwischen 45 und 55 Millionen Franken. Im IAFP werden jeweils in den späteren Jahren mehr Investitionen eingeplant. Indem man im späteren Planungszeitraum zusätzliche 20 Prozent berücksichtigt, kommt man auch dann auf die geplante Investitionsquote, wenn Projekte verzögert werden.

Aus den Finanzkennzahlen greife ich den Selbstfinanzierungsgrad heraus: Dieser hat sich massiv verschlechtert. Dies wegen der Defizite im Finanzplan in den Jahren 2012 bis 2014.

Neuausgaben und Leistungsausbau machen kumuliert bis 2014 gegenüber dem Voranschlag 2010 rund 15 Millionen aus. Die wichtigsten davon: 2 Millionen für Polizei und PINTO, was am 7. März beschlossen wurde; 5 Millionen kommen durch den Umzug der Feuerwehr hinzu; 2 Millionen durch zusätzliche Kita-Plätze. Das macht schon zwei Drittel der 15 Millionen aus.

Zu den Anträgen der Finanzdelegation:

Buchstabe a wurde mit 4 Ja, 2 Nein und 1 Enthaltung angenommen. Es soll bereits im Finanzplan eine ausgeglichene Bilanz angestrebt werden. Die kantonalen Vorgaben aus dem Gemeindegesetz sind, dass der Voranschlag ausgeglichen sein muss. Ein negativer Voranschlag ist nur dann zulässig, wenn Eigenkapital vorhanden ist oder wenn innerhalb des Finanzplans aufgezeigt wird, wie der negative Voranschlag in den Folgejahren kompensiert werden kann. Ein neuerechtlicher Bilanzfehlbetrag muss innerhalb von acht Jahren kompensiert werden. Dieser Antrag Buchstabe a geht insofern über die kantonale Regelung hinaus, als er über die vier Jahre des Finanzplans einen ausgeglichenen Haushalt verlangt. Sieht der Finanzplan also in den letzten Jahren ein Defizit vor, muss dieses vorher kompensiert wer-

den, indem Eigenkapital erwirtschaftet wird. Die Idee dahinter ist, dass eine echte Finanzplanung stattfindet, dass man also agiert und nicht reagiert.

Buchstabe b wurde in der Finanzdelegation mit 5 Ja, 2 Nein und 0 Enthaltungen angenommen. Es wird schwierig genug sein, die nötigen Einsparungen zu machen; es wird noch schwieriger, wenn zusätzliche Neuausgaben hinzukommen.

Buchstabe c, Ausbau von Stabsstellen: Wurde mit 5 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen angenommen. Der Punkt ist selbsterklärend.

Buchstabe d wurde in der Finanzdelegation einstimmig angenommen: Es gab in den vergangenen Jahren eine starke Personalzunahme in der städtischen Verwaltung. 2007 waren es 87 zusätzliche Stellen. Die Finanzdelegation möchte für die zukünftigen IAFPs Transparenz schaffen, damit man sieht, wie die Entwicklung des Personalbestands mit der im IAFP vorgelegten Planung aussieht.

Buchstabe e, von der Finanzdelegation ebenfalls einstimmig angenommen: In Ergänzung zu Buchstabe a; das soll aufzeigen, wie man über die ganze Finanzplanperiode ein ausgeglichenes Budget erreichen könnte.

Dies zu den Mehrheitsanträgen. Ein Wort als Vertreter einer Minderheit zum Minderheitsantrag: Eine Minderheit ist der Meinung, dass die Grundsätze, wie sie vom Gemeinderat auf Seite 20 IAFP dargelegt werden, unterstützenswert sind. Man darf es ja auch einmal sagen, wenn man der Meinung ist, der Gemeinderat leiste gute Arbeit. Die Mehrheit war dagegen, weil sie mit einzelnen Punkten nicht zufrieden war; einzelne Vertreter waren mit Punkt 2 nicht zufrieden, laut dem der altrechtliche Bilanzfehlbetrag bis 2012 abgetragen werden soll; andere Vertreter waren insbesondere mit Punkt 8 (Optimierung der Gewinnabschöpfung) nicht einverstanden. Diese unterschiedlichen anderen Meinungen haben dazu geführt, dass dieser Punkt keine Mehrheit gefunden hat: 3 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen.

Zu den weiteren vorliegenden Anträgen diverser Fraktionen: Die Anträge der GFL/EVP-Fraktion lagen der Finanzdelegation in ähnlicher Form vor und wurden abgelehnt. Die Mehrheit ist der Meinung, die Anträge seien zu detailliert bzw. griffen ins Operative ein, das Sache des Gemeinderats sei. Es gab auch juristische Bedenken, ob in einer Planungserklärung überhaupt so detaillierte Vorgaben gemacht werden sollen und dürfen. Die weiteren vorliegenden Anträge lagen der Finanzdelegation nicht vor.

Fraktionserklärungen

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Bilanzlage der Stadt Bern ist ernst, aber nicht dramatisch. Ernst deshalb, weil der Ausblick düster ist; nicht dramatisch deshalb, weil noch Zeit zu handeln bleibt. Aber: Handeln müssen wir jetzt. Jetzt müssen wir dem Gemeinderat klare Aufträge geben. Der vorliegende Finanzplan sieht für die Jahre 2012 bis 2014 Defizite von jährlich 25 Millionen Franken vor, zuzüglich der Folgen der Steuergesetzrevision sind das über 30 Millionen. – Insgesamt würde also in drei Jahren ein neurechtlicher Bilanzfehlbetrag von 90 Millionen Franken angehäuft.

Die GFL/EVP-Fraktion ist damit nicht einverstanden und hat deshalb in der Finanzdelegation eine Planungserklärung eingebracht, die teilweise auch von der Delegation unterstützt wurde. Zentraler Punkt ist, dass über die Planperiode des Finanzplans eine ausgeglichene Bilanz angestrebt wird. Für uns ist klar, dass dies ohne Steuererhöhung passieren muss. Eine Steuererhöhung erachten wir weder als opportun noch als mehrheitsfähig. Aber auch eine Steuer senkung ist unserer Ansicht nach in den kommenden Jahren kein Thema – es wird schwierig genug werden, in der jetzigen Situation mit gleich bleibendem Steuerfuss eine ausgeglichene Bilanz zu erzielen. Zudem entsprechen die Folgen aus der kantonalen Steuergesetzrevision einem halben Steuerzehntel, eigentlich wurde die Steuer senkung also schon vorgenommen. Für die GFL/EVP-Fraktion sind ausgeglichene Finanzen ein Gebot der Nachhaltigkeit: Es ist

ungerecht gegenüber zukünftigen Generationen, Schulden anzuhäufen. Weil das kantonale Gesetz vorsieht, dass Fehlbeträge innerhalb von acht Jahren kompensiert werden müssen, macht das Schulden-Anhäufen für uns das Leben in künftigen Jahren nur noch schwieriger. Wir müssen dann nämlich später umso schmerzhaftere Sparmassnahmen ergreifen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen und gleichzeitig die Defizite abzutragen.

Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der Finanzdelegation und auch die weiteren Anträge der Finanzdelegation, inklusive des Minderheitsantrags. Die Grundsätze des Gemeinderats scheinen uns ein ausgewogener Kompromiss zu sein, und man darf es auch sagen, wenn man der Meinung ist, der Gemeinderat mache eine Sache gut. Bei den finanzpolitischen Grundsätzen des Gemeinderats ist uns insbesondere Ziffer 6 wichtig, wonach der Unterhaltsnachholbedarf reduziert werden soll. Das ist ein schwieriger Punkt, denn es ist nicht besonders populär, in den Unterhalt zu investieren. Es ist aber umso wichtiger. Was passieren kann, wenn man das vernachlässigt, haben wir in den vergangenen Wochen auf schweizerischer Ebene im Zusammenhang mit dem Schienennetz sehen können: Man will zwar das Netz immer weiter ausbauen, denkt aber nicht daran, dass es sehr viel Geld kosten wird, es zu unterhalten.

Zusätzlich zu den Anträgen der Finanzdelegation haben wir weitere Anträge eingereicht, die in der Finanzdelegation keine Mehrheit gefunden haben. Die fünf Anträge betreffen Bereiche, in denen der Gemeinderat einen Ausbau plant, den wir in der gegenwärtigen Situation nicht befürworten können. Teile dieser Mehrausgaben (beispielsweise die Stabsstelle in der Präsidialdirektion) hat der Gemeinderat bereits mittels Nachkredit bewilligt. Das heisst, die Stellen sind möglicherweise sogar schon besetzt. Dies erst in der Budgetdebatte im September zu korrigieren, kann zu spät sein. Zu spät deshalb, weil man wegen Kündigungsfristen und Entschädigungszahlungen bei einer entsprechenden Reduktion gar keine Einsparungen mehr hätte. Ein Beispiel für diesen Vorgang mussten wir vor zwei Jahren schmerzlich erleben, als es um die Kürzungen beim Stadtplanungsamt ging. Das soll uns allen eine Lehre sein, frühzeitig zu schauen. Ich bitte insbesondere die bürgerliche Seite, die sonst auch immer vom Sparen spricht, diese Anträge zu unterstützen.

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion der Stadt Bern ist nach wie vor der Meinung, dass man sich um Sparanstrengungen bemühen muss. Sieht man sich aber die Diskussion um IAFP in den letzten paar Wochen an, kommt man sich vor wie Alice im Wunderland. Da werden Geschichten aufgetischt, die nicht einmal die Brüder Grimm hätten überbieten können. Plötzlich will derselbe Gemeinderat 10 Millionen Franken einsparen, der sich seit Jahren dagegen wehrt und predigt, wie das nicht gehe. Da treten plötzlich Parteien auf den Plan, die sich als Vorreiter von Sparbemühungen feiern lassen wollen und bisher immer dann, wenn es konkret geworden ist, schlapp gemacht haben oder einen Zickzackkurs gefahren sind – ich erinnere nur an das Wirtschaftsamt. Aber der Reihe nach.

Erst zu den Sparbemühungen des Gemeinderats. Er hat angekündigt, 10 Millionen Franken einsparen zu wollen. Das ist deshalb recht unglaubwürdig, weil es derselbe Gemeinderat ist, der sich bisher immer angeblich für den Service public eingesetzt hat und immer betont hat, er sei gegen Leistungsabbau. Wie das aussieht, haben wir in den letzten paar Wochen erfahren. Erstens: Der Gesamtbetrag von 10 Millionen ist noch nicht beisammen, das wird vorerst nur angekündigt. Zweitens: Konkrete Vorschläge werden vielleicht auf dem Papier geplant, schlussendlich lässt man es dann doch sein. Beispielsweise hat man bei der Sicherheit Bärenpark zunächst eingespart. Als dann die Medien kamen, war man sich dann doch nicht so sicher. Berücksichtigt man, dass der Gemeinderat letztlich rot-grün ist, und hört man den rot-grünen Parteien zu – die sich ja, wie man in den Medien hört, antizyklisch verhalten wollen –, kann man sich vorstellen, wie das ab Sommer gehen wird. Selbst wenn der Gemeinderat kon-

krete Sparvorschläge haben sollte, wird er unter dem Druck seiner Parteien zusammenbrechen und die Kürzungsideen zusammenstreichen.

Zum IAFP: Störend für uns ist, dass die 10 Millionen Einsparung einfach drin sind, obwohl nicht klar ist, wo man sie erzielen will. Zweitens: Es stört uns, dass man ab 2012 wiederum ein Defizit von rund 25 Millionen Franken budgetiert. Hier eine Klammerbemerkung: Alle, die gesagt haben, dass man bei ewb bis 2011 25 Millionen herausnimmt, können sich nun ausrechnen, wo das fehlen wird. Man hat es während dreier Jahre verschlafen, echte Sparmassnahmen durchzusetzen, hat sich stattdessen an ewb gütlich getan, und das ist genau das Geld, das uns ab 2012 fehlen wird. Besonders stört uns, dass wir dann noch einen altrechtlichen Bilanzfehlbetrag haben werden. – Eigentlich ist es gar nicht zulässig, dann ein Defizit zu schreiben. Das scheint den Gemeinderat nicht gross zu kümmern.

Von der FDP-Fraktion deshalb der Antrag, den IAFP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Die vielen Planungserklärungen, die in den letzten Tagen aus dem Boden geschossen sind, sind das Gesellenstück zum mehr oder weniger schönen Grimm-Märchen. Erstens: Die Planungserklärung der Finanzdelegation ist eine absolute Mogelpackung, aus zwei Gründen: Erstens wird unter Punkt a festgehalten, dass der Steuerfuss auf 1,54 festgelegt werden soll. Das entspricht nicht unserer Haltung – wir vom Freisinn möchten eine Steuersenkung, und zwar möglichst bald. Wir sind erstaunt, dass gemäss Medienberichten eine SVP, eine BDP und eine CVP bei diesen Überlegungen mitmachen. Bisher waren wir der Meinung, sie würden bei Steuersenkungen mitmachen, dies ist offenbar nicht mehr der Fall. Wie Sie das den Steuerzahlern erklären wollen, bleibe Ihnen überlassen. Zweitens ist es eine Mogelpackung, weil eine Planungserklärung null Verbindlichkeit hat. Wir werden den Eindruck nicht los, dass vor allem die GFL das Planungsinstrument zu missbrauchen versucht. Sie betont, sie wolle auch sparen helfen und mache etwas, im Wissen darum, dass die Planungserklärung irgendwo im Stadtarchiv verschwinden und null Verbindlichkeit haben wird. Die Vergangenheit lehrt uns: Immer, wenn es um konkrete Sparvorschläge gegangen ist, haben Sie nicht mitgeholfen. Ich prognostiziere, dass dies auch in der Budgetdebatte 2010 der Fall sein wird. Manchmal haben Sie auch einen Zickzackkurs gefahren.

Wer die Finanzen wirklich in den Griff bekommen und sparen will, muss zwei Instrumente anwenden. Erstens die Budgetierung: Hier wird um jeden Hunderttausender gekämpft. Dort haben wir etwas zu bestimmen, und dort wird sich zeigen, wer hilft, die Finanzen in den Griff zu bekommen. Zweitens haben wir einen Antrag zur Schuldenbremse eingereicht. Die GLP hat einen mehr oder weniger deckungsgleichen Antrag eingereicht. Dies ist das zweite Instrument, mit dem wir von der Bevölkerung einen verbindlichen Auftrag erhalten, wie man das Budget künftig zu gestalten hat. Im Gegensatz zu einer Planungserklärung ist das verbindlich. Die FDP wird die Planungserklärung der Finanzdelegation deshalb ablehnen.

Planungserklärung BDP/CVP: Wir sind erstaunt, dass die Fraktion, die sich sonst bedacht und moderat gibt, mit radikalen Vorschlägen kommt. Erstens möchte sie einfach so in einer Planungserklärung die Arbeitszeit der Angestellten auf 42 Stunden erhöhen. Für uns sehr erstaunlich. Zweitens will man die Frage der StaBe plötzlich vorziehen, obwohl dazu zahlreiche Abklärungen am Laufen sind. Beide Vorschläge werden eingereicht, ohne dass sich eine Kommission dazu hat äussern können, ohne dass der Gemeinderat dazu Stellung nehmen kann und ohne dass die Betroffenen die Möglichkeit gehabt hätten, irgendetwas dazu zu sagen. Sehr erstaunlich für zwei Parteien, die sonst so tun, als seien sie gemässigt.

Planungserklärung GB/JA!: Hier wurde viel zu viel reingepackt, sie enthält ausser dem Weltfrieden mehr oder weniger alles, was man auflisten könnte.

Fazit für die FDP-Fraktion: Finanzpolitik ist letzten Endes – ich entschuldige mich für den Ausdruck – Nahkampf: Es wird um jeden Hunderttausender gekämpft, und erst bei der Budgetdebatte wird sich entscheiden, wer hilft, die Finanzen ins Lot zu bringen. Schöne Versprechungen machen sich gut, um sich in der Öffentlichkeit zu brüsten. Wir werden aber erst im

Herbst sehen, wer effektiv hilft, die Finanzen ins Lot zu bringen. Meine Prognose zur 10-Millionen-Sparübung des Gemeinderats: In der Budgetdebatte 2010 wird der Gemeinderat knapp über die Hälfte hinauskommen, der Stadtrat wird dann die andere Hälfte auch noch kippen. Wenn es so dick kommt wie in den letzten Jahren, wird man sogar noch Zusatzausgaben beschliessen. Die Parteien, die sich jetzt als Sparapostel aufführen – namentlich die GFL –, werden sich davonmachen und nirgends mehr zu finden sein. Insofern lehnen wir alle Planungserklärungen ab. Wer wirklich Finanzpolitik machen will, macht das mit zwei Instrumenten: Erstens Budget, zweitens Schuldenbremse.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion GLP: Die düstere Perspektive, die hier vorherrscht und heraufbeschworen worden ist, teilen wir. Ab 2012 29 Millionen, 51 Millionen, 77 Millionen – es wäre wohl schon 2012 mit einer Neuverschuldung zu rechnen, wenn nicht ein altrechtlicher Bilanzfehlbetrag dies zwingend verhindern würde. Die finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats, vor allem Punkt 9, der „mittelfristig Bildung von Eigenkapital“ vorsieht, sind reines Gerede. Der Gemeinderat – nach dem vorherigen Votum ergänze ich: und die FDP – begreift erstens nicht, wieso man ein ausgeglichenes Budget braucht. Zweitens begreift er nicht, dass ein ausgeglichenes Budget ein Etappenziel ist. Von der FDP haben wir gehört, dass sie auf jeden Fall Steuern senken will. Das ist keine seriöse Finanzpolitik. Andererseits haben wir vom Stadtpräsidenten an der Sitzung der Finanzdelegation gehört, dass er es als übertrieben pflichtbewusst erachte, wie wichtig man in der Deutschschweiz ein ausgeglichenes Budget nehme. In der Westschweiz sei das überhaupt nicht so. Auch dort zeigt sich: Der Sinn eines ausgeglichenen Budgets wird nicht begriffen. Nämlich, dass man mittel- bis langfristig den Bürger entlasten kann, und zwar durch eine nachhaltige Steuersenkung und nicht dadurch, dass man die Steuern einfach mal senkt und so auf einen Crash-Kurs einschwenkt. Punkt 8 der finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats finden auch wir fragwürdig: „Optimierte Gewinnabschöpfung bei eigenen Unternehmen“. Wir würden uns darüber freuen, wenn der Gemeinderat mittelfristig eine konsolidierte Rechnung einführt, wie man das von Konzernen kennt. Dass man also nicht Geld von einer Anstalt in die andere hin und her schiebt und so durch Rechnungslegungsspiele das Budget aufwertet und verschleiert.

Die Planungserklärungen unterstützen wir teilweise. Wie unschwer zu erraten ist, werden wir den Minderheitsantrag der Finanzdelegation ablehnen, weil wir nicht mit allen Punkten der finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats einverstanden sind – wie auch die Finanzdelegation. Bei Planungserklärung Punkt a der Finanzdelegation würden wir es begrüßen, wenn man „maximal“ hinzufügen würde: „**maximal** 1,54“. Uns ist auch klar, dass die Steuern in nächster Zeit nicht gesenkt werden können. Man sollte aber trotzdem das Ziel nicht aus den Augen verlieren. – Falls „maximal“ nicht ergänzt wird, werden wir den Punkt ablehnen. Den Ziffern b bis e stimmen wir zu. Wichtig finden wir vor allem e, das Aufzeigen von Szenarien, wie Geld gespart werden kann. Das wird Grundlage sein für einen künftigen Runden Tisch, wenn es ans Eingemachte geht. Beim Ergänzungsantrag der GFL/EVP ist es unserer Meinung nach fraglich, ob dies Gegenstand einer Planungserklärung sein kann. Trotzdem stimmen wir zu, weil wir die GFL darauf behaften wollen, in der Budgetdebatte 2011 auf diese Einsparungen zurückzukommen. Wir haben in der Vergangenheit mit der GFL unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Hinzu kommt, dass Budgetkürzungen möglichst früh angemeldet werden müssen. In der Finanzdelegation hatte ich die Verwaltung gefragt, wie man beispielsweise gebundene Ausgaben (Personalausgaben) frühzeitig verhindern könne. Antwort: Das müsse man bei einem Delegationsbesuch anmelden und dort diskutieren, dann müsse man es in die Kommission bringen. Diese bringe es in die Finanzdelegation und von der Finanzdelegation gehe es dann in die Budgetdebatte des Stadtrats. Also: Wenn man schon früh anfangen muss, dann fangen wir doch gleich heute an, deshalb unterstützen wir den Ergänzungsantrag.

Zusammenfassend: Ziel jedes Budgets muss es sein, den Bürger finanziell zu entlasten. Das Fernziel muss auch in schwierigen Zeiten eine Steuersenkung sein. Das soll man nie aus den Augen verlieren.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist ein Führungsinstrument, ein Frühwarnsystem. Er soll Tendenzen aufzeigen. Wenn man den IAFP in einzelnen Punkten kritisiert, kommt es mir vor, als wären wir bereits in einer Budgetdebatte. Es geht doch vielmehr darum, dass man aus ihm Erkenntnisse gewinnt und diese in der Budgetdebatte umsetzt und so spart, denn der IAFP sieht wirklich nicht gut aus. Das ist nicht der Fehler des IAFP an sich, sondern von dessen Umfeld. Der IAFP soll dazu führen, dass Gemeinde- und Stadtrat frühzeitig die richtigen Massnahmen ergreifen, beispielsweise im Budgetprozess steuernd eingreifen und langfristig wirkende Ausgaben beeinflussen. Wenn der IAFP düster aussieht, müssen bei uns und dem Gemeinderat die Alarmglocken läuten. Wir müssen uns überlegen, wo wir sparen könnten, damit es nicht so herauskommt, wie der IAFP es uns als Tendenz aufzeigt. Dass es düster aussieht, sieht man auf Seite 20, der wichtigsten Seite des IAFP. Geplant ist eigentlich, bis 2012 alle altrechtlichen Schulden abgebaut zu haben. Es wäre toll, wenn wir das könnten – vor drei Jahren hatten wir noch 370 Millionen Franken Schulden, nun sollen wir Ende 2011 null Franken haben. So hätten wir endlich den Handlungsspielraum, den wir bisher nicht hatten. Man müsste nicht mehr für längst gehabte Freuden bezahlen, sondern könnte ein wenig freier mit dem Geld umgehen. Der IAFP zeigt aber, dass in den Jahren 2012 bis 2014 jährliche Defizite von durchschnittlich 25 Millionen Franken drohen. Wenn wir so weiterfahren, hätten wir Ende 2014 wieder einen Schuldenberg von 75 Millionen oder mehr – das gilt es zu verhindern.

Für die SVPplus-Fraktion war schon immer rigoroses Sparen angesagt. Dafür hätten wir keinen IAFP gebraucht. Wäre es nach uns gegangen, wären die Schulden schneller abbezahlt gewesen. Es wäre in den letzten Jahren weniger Geld ausgegeben worden, deshalb hätten wir auch die Schulden besser abzahlen können. Für die SVPplus-Fraktion ist klar: In den nächsten Budgets darf es keine Defizite geben, und natürlich dürfen auch die Rechnungsabschlüsse nicht negativ sein. Wie bei jedem Haushalt dürfen wir nur so viel Geld ausgeben, wie wir wirklich haben. Wir wollen an den folgenden Orten sparen: Die Stadt darf keine neuen Aufgaben mehr übernehmen. Aufgaben führen immer zu neuen Ausgaben. In den letzten Jahren gab es im Budget stets eine Rubrik, die mit „Neue Aufgaben“ übertitelt war. Sie enthielt jeweils ein paar Millionen Franken Mehrausgaben. Lassen wir in den künftigen Budgets konsequent keine neuen Auf- und Ausgaben mehr zu, haben wir schon viel gewonnen und etwas gespart gegenüber unserem bisherigen Verhalten, wo wir das jeweils stillschweigend angenommen haben. Als Zweites: Es darf in den künftigen Budgets keine Mehrausgaben für Kultur geben. Die letzten Budgets hatten bei der Kultur stets ausgebaut. Wenn wir diesen Ausbau abstellen können, haben wir auch hier gespart. Es ist nicht nötig, ständig neue linksalternative Kulturprojekte zu unterstützen. Weiter ist die Sozialhilfe auf das absolute, vom Kanton vorgeschriebene Minimum zu reduzieren. Also auch hier: Keine neuen Sozialprojekte, die der Kanton gar nicht vorschreibt.

Andererseits dürfen wir die Investition in Gebäude und Anlagen nicht vernachlässigen. Vernachlässigen wir Investition und Unterhalt, sparen wir im Endeffekt nicht, sondern haben später noch mehr Ausgaben und müssen den ganzen Unterhalt zu höheren Preisen nachholen. Eine Steuererhöhung kommt nicht in Frage – das muss man nicht weiter diskutieren. Wenn wir aber 2012 eine schuldenfreie Stadt sein und hoffentlich bleiben werden, werden wir mehr Handlungsspielraum haben. Mit Schulden hat man keinen Handlungsspielraum, sondern immer eine Schuldenlast auf dem Buckel. Man muss das Geld für gehabte, verpuffte Freuden ausgeben. Das ist frustrierend. Das ist, wie wenn jemand mit einem Kleinkredit in die Ferien fährt und nachher dafür arbeiten muss, die bereits bezogenen Ferien abzuzahlen.

Als Führungsinstrument und Frühwarnsystem ist der vorliegende IAFP gut. Wir nehmen ihn so zur Kenntnis – weder zustimmend noch ablehnend, denn er enthält auch Punkte, mit denen wir nicht zufrieden sind. Beispielsweise sind auf Seite 20 die finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats aufgelistet. Bei Punkt 8 heisst es, der Gemeinderat wolle bei den eigenen Unternehmungen den Gewinn optimal abschöpfen. Diesen Grundsatz lehnt die SVPplus-Fraktion ab. Gut übersetzt heisst das, der Gemeinderat will ewb als Milchkuh verwenden. Sie soll jedes Jahr möglichst viel Gewinn in die Stadtkasse abliefern. Das ist abzulehnen. Vielmehr soll ewb selbst Rückstellungen machen und dann vielleicht die Preise senken, sich gut verhalten am Markt. Versteckte Steuern via höhere ewb-Strompreise oder ähnliches lehnen wir ab.

Auch der 5. Grundsatz des Gemeinderats ist nicht gut. Zwar will er die Investitionen im Verwaltungsvermögen im Wert erhalten – das wäre ja noch gut. Nicht aber, dass er dazu die hundertprozentige Selbstfinanzierung reduzieren will. Wir müssen beides machen: Werterhaltung und Selbstfinanzierung durch harmonisierte Abschreibungen.

Zu den Planungserklärungen der Finanzdelegation: Sie will im Punkt 3a, dass allfällige Finanzfehlbeträge bis 2015 abzutragen sind. Der Initiator dieser Planungserklärung, Daniel Klausner, hat in der Finanzdelegation dargelegt, worum es geht: Das Budgetdefizit, das im Jahr 2011 entstehen könnte, sollte bis ins Jahr 2015 ausgeglichen sein. Das ist nicht die Aufgabe des Finanzplans, sondern es liegt an uns Stadträten und am Gemeinderat, dass wir keine Budget- und Rechnungsdefizite machen. Die SVPplus-Fraktion will sowieso keine Defizite, sondern der Gürtel muss generell enger geschnallt werden und das tut halt einfach weh. Deshalb lehnen wir Punkt 3a der Planungserklärung ab, wogegen wir den Punkten 3b bis 3e zustimmen. Auf den Ausbau von Stabsstellen beispielsweise kann man gut verzichten. Das sind sowieso aufgeblähte Gebilde und Wasserköpfe.

Daneben haben wir als Tischvorlage von verschiedenen Fraktionen noch eine Flut von Planungserklärungsanträgen bekommen. Es ist eigentlich eine Zumutung, so viele Papiere zu bekommen, die man à fonds studieren sollte. Ob es sich wirklich bei allen um formell richtige, korrekte Planungserklärungen handelt, wage ich zu bezweifeln. Ich habe sie juristisch nicht à fonds angeschaut, will mich deshalb dazu nicht äussern. Sollten sie diese Voraussetzung in formeller Hinsicht wirklich erfüllen, kann ich zum Materiellen sagen: Die fünf Punkte der GFL/EVP würden wir vom Politischen her gut finden. Den Antrag der BDP/CVP, auf nicht kompensierbare Neuausgaben zu verzichten, ist auch gut. Die weiteren BDP-Anträge, etwa eine Erhöhung der Arbeitszeit für das Personal, sind auch gut. Die 40-Stunden-Woche in der Stadt Bern ist sowieso ein Luxus. Zum zweiten Antrag betreffend Rückführung StaBe: Offenbar ist es auch Ihnen bewusst geworden, dass eine StaBe-Rückführung etwas kostet. Wir waren aus anderen Gründen nie für eine StaBe-Rückführung, können das von daher auch unterstützen.

Die Planungsanträge von GB/JA!: Die Anträge sind fast unzumutbar. Offenbar sollen das alles Entscheidungsgrundlagen für die Budgetdebatte sein. Das ist für uns SVPler überhaupt nicht nötig. Uns ist auch so klar, dass wir sparen müssen, wo es nur geht. Dazu brauchen wir keine Entscheidungsgrundlagen.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Der finanzpolitische Himmel hat ein paar dunkle Wolken. Das ist allen klar. Ob es ganz schwarz ist am Himmel – so pessimistisch ist die Fraktion GB/JA! nicht. Wir sind keine Schwarzseher und -seherinnen. Der IAFP wird vom Gemeinderat als ein Frühwarnsystem bezeichnet. Es soll aber nicht nur warnen, sondern auch aufzeigen, in welche Richtung es geht. Auch klar ist für uns aber auch, dass der IAFP kein politisches GPS ist, das millimetergenau zeigt, wo die finanzpolitische Reise hingehet. Es zeigt Richtungen und einen Farbton an, und die Ampel ist sicher auf Orange. Für GB/JA! sind folgende Grundsätze in der Beurteilung des IAFP wichtig:

Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ein, die nachhaltig ist. Nachhaltig heisst immer: ökologisch, sozial und wirtschaftlich verträglich. Wir sind der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, dass sich der Stadtrat ein Korsett anlegt, indem er eine Ausgaben- und Finanzbremse einführt, sondern wir haben die Kompetenz und gemäss der politischen Mehrheit die Verantwortung, Entscheide zu fällen. Die kann man nicht durch ein Instrument einfach delegieren. Es ist angesichts der Wirtschaftskrise verfehlt, die Sparschraube noch mehr anzuziehen. Wir haben in der Vergangenheit verschiedene bittere Sparprogramme gehabt. Es wird auch jetzt, mit dieser Ausgangslage, eine schwierige Zeit auf uns zukommen. Uns allen ist klar, dass wir den Gürtel enger schnallen müssen. Man soll nun aber nicht meinen, mit einer Steuersenkung den Staat und damit die Stadt zu Tode sparen zu können. Es wird eine Politik der leeren Kassen propagiert, das heisst: Steuern senken, weniger Geld für die öffentliche Hand, Leistungen abbauen. Am Schluss profitieren einige Wenige, und viele haben das Nachsehen. Das GB kann diese Politik nicht unterstützen. Antizyklische Politik heisst den Spielraum ausnützen. Der Spielraum ist aufgrund der kantonalen Vorgaben bereits sehr eng, und es gibt keinen Grund, dass wir uns mit einem finanzpolitischen Korsett noch mehr einschränken.

Die sinkenden Steuereinnahmen stellen eine schwierige Ausgangslage dar. Hinzu kommt, dass das bürgerliche Kantonsparlament eine Steuergesetzrevision mit massiven Auswirkungen für die Stadt Bern beschlossen hat. Es wurde vom Referenten vorhin angetönt: Der Stadt Bern gehen Millionenbeträge verloren, der Kanton verteilt Steuergeschenke in der Höhe von sage und schreibe 309 Millionen Franken – das ist ein Drittel des gesamten städtischen Haushalts. Es ist zentral, dass wir die kantonale Ebene nicht einfach als fait accompli akzeptieren. Die Fraktion GB/JA! wird dies jedenfalls nicht tun. Es laufen im Moment Vorbereitungen für eine Initiative auf kantonaler Ebene, „Faire Steuern“, um dies rückgängig zu machen bzw. einen Volksentscheid herbeizuführen. Das ist nicht einfach ein Nachvollzug, sondern wir wollen und werden die politische Auseinandersetzung führen. Die Steuergesetzrevision hat Auswirkungen. Aufgrund des vorliegenden IAFP ist uns zu wenig klar, welche. Das ist nicht den Autoren anzulasten, weil man es damals noch nicht gewusst hat. Wir wollen aber, dass spätestens mit der Budgetdebatte die Zahlen auf dem Tisch sind, damit man genau weiss, welches die Konsequenzen dessen sind, was der Grossrat beschlossen hat. Wir hoffen aber, dass wir diesen Grossratsentscheid an der Urne noch wenden können.

Ebenfalls ein Anliegen ist uns, dass man bei den pauschalen 10 Millionen Franken Budgetmassnahmen Klarheit schafft. Wir sind dagegen, dass man die Katze im Sack kauft und pauschale Sparvorgaben macht. Zuhanden des Budgets verlangen wir eine Auflistung, wo bereits Sparmassnahmen getroffen wurden, damit man auf der Basis der Faktenlage diskutieren kann.

Neben den einnahmenseitigen Auswirkungen ist der FILAG ein Punkt, der weiterhin einen Fleck im Reinheft darstellt. Der FILAG bringt uns trotz anerkannten Zentrumslasten von über 50 Millionen Franken jeweils nur 32 Millionen, und auch die angekündigten zusätzlichen 11 Millionen würden noch keinen vollständigen Ausgleich bringen. Das heisst: Die Stadt ist in diesem Bereich weiterhin Nettozahlerin.

Zu den finanzpolitischen Grundsätzen des Gemeinderats: Für uns ist es wichtig, dass wir uns nicht päpstlicher als der Papst verhalten. Der Kanton hat die Möglichkeit gegeben, die altrechtlichen Finanzfehlbeträge bis 2017 abzutragen. Auch wir wollen die Fehlbeträge abtragen. Die Frage ist nur, in welchem Tempo. Man kann und muss das etappiert und ein wenig verlangsamt machen. Das ist eine vorsorgliche Politik und nicht einfach eine Hauruck-Methode. Wir werden den Antrag der Finanzdelegation nicht unterstützen, die noch mehr Einschränkungen machen will. Wir sind aber durchaus bereit, im Rahmen des vorliegenden IAFP einzelne Posten anzuschauen und auf ihre Zweckmässigkeit hin zu überprüfen. Auch für uns gibt es durchaus gewisse Sachen, die uns politisch nicht zwingend notwendig erscheinen. Es

gibt Aufgaben, die man vielleicht um ein Jahr verschieben kann; es gibt auch Aufgaben, wo man diskutieren kann, ob es sie wirklich braucht. Als ich die neu zu schaffende Koordinationsstelle Katastrophen/Notlagen KATANOT entdeckt hatte, habe ich mich gefragt, was das eigentlich sei. Der Gemeinderat schreibt, das sei eine Auswirkung von Police Bern. Es sind also Nachfolgekosten von Entscheiden, die nicht einfach so nachvollzogen werden sollen. Der Gemeinderat soll den Verzicht auf diese Katastrophen-Koordinationsstelle prüfen; sie ist wohl eher eine Katastrophe, als dass sie hilft. Ebenso das Geschäftsverwaltungsprogramm GEVER, das mit einer halben Million zu Buche schlägt. Wir stellen es nicht grundsätzlich in Frage, aber auch hier ist zu überprüfen, ob man das zwingend einführen muss oder ob es nicht noch Spielraum gibt.

Ebenso läuten bei uns die Alarmglocken bei der Feuerwehr: Umzugskosten von 8,5 Millionen Franken – wir fragen uns, ob wir hier etwas falsch gemacht haben. Das sind happige Beträge, bei denen wir den Gemeinderat auffordern uns aufzuzeigen, ob das wirklich in dieser Höhe notwendig ist. Und die massiven Mehrkosten von 400'000 oder 500'000 Franken beim Tierpark je nach Jahr: Es scheint uns an der Zeit, sich nochmals zu überlegen, ob das in diesem Ausmass wirklich nötig ist. Wir möchten den Gemeinderat mit der Planungserklärung beauftragen, uns aufzuzeigen, ob man das nicht anders machen kann. Wahrscheinlich muss man auch hier die Handbremse ziehen, weil es nicht anders geht.

Ich habe verschiedene Bereiche aufgezeigt, wo wir der Meinung sind, es gebe Handlungsspielraum und -bedarf. Auch wir sehen Korrekturmöglichkeiten. Ich habe aber gesagt, unsere Finanzpolitik sei nachhaltig ausgelegt, und nachhaltig heisst: ökologisch und sozial. Wir werden nicht Hand dazu bieten, beim Ausbau der Kinderbetreuung auf Null oder auf nur zehn Plätze runterzufahren; so wie es geplant ist, würde man bis 2013 noch zehn zusätzliche Plätze schaffen. Solange 700 Kinder auf der Warteliste sind, ist das sicher nicht der richtige Weg. Uns ist klar, dass man sich den finanziellen Gegebenheiten und Möglichkeiten anpassen muss. Aber nicht zu dem Tarif.

Weiter haben wir Anliegen im ökologischen Bereich, wo wir nicht bereit sind, zu sparen. Wir haben im Fuss- und Veloverkehr überwiesene Vorstösse, wo ein moderater Ausbau notwendig ist. Wir wollen in der Stadt Bern einen autofreien Erlebnistag, einen Slow-up, und zwar demnächst. Und bei der Luftreinhalteplanung sind Massnahmen notwendig, denn eine Steuerensenkung nützt uns nichts, wenn danach nicht nur der Staat zu Tode gespart ist, sondern wir auch keine Luft mehr haben zum Atmen.

Beim städtischen Personal setzen wir uns dafür ein, dass es sichere Stellen hat und dass auch der Teuerungsausgleich angeschaut wird. Hier will die BDP handstreichartig die Arbeitszeit verlängern. Das ist, salopp gesagt, ein dicker Hund und verantwortungslos.

Fazit: Die Ampel ist auf Orange, Korrekturmöglichkeiten bestehen. Aber wir wollen den Staat nicht totsparen, sondern nachhaltige Finanzpolitik betreiben.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Situation ist schwierig. Für 2011 hat der Gemeinderat diverse Sparmassnahmen und eine globale Kürzungsvorgabe von 10 Millionen Franken angeordnet. Für die weiteren Jahre ist eine Aufgabenüberprüfung angeordnet worden. Diese Massnahmen entsprechen im Wesentlichen dem Inhalt unserer Motion „Für eine konstruktive Finanzpolitik: frühzeitige Steuerungsmassnahmen“, die wir bereits im Anschluss an die letztjährige Budgetdebatte eingereicht haben. Die BDP/CVP-Fraktion hat demnach die Situation bereits zu diesem Zeitpunkt richtig eingeschätzt. Es beruhigt uns, dass der Gemeinderat die Lage inzwischen auch erkannt hat und im Sinne unserer Motion handelt. Im vorliegenden IAFP nicht enthalten ist das Resultat der letzten Steuergesetzdebatte im Grosse Rat. Der Gemeinderat hat vorsorglich den Vorschlag des Regierungsrats ins Zahlenwerk aufgenommen; im Grosse Rat hat jedoch der Kompromissvorschlag der Kommission obsiegt. Das gibt Steuerausfälle, und wir erwarten, dass diesem Umstand Rechnung getragen wird

und der Gemeinderat nochmals über die Bücher geht. Für die BDP/CVP-Fraktion ist ein ausgeglichenes Budget essentiell; es muss unter allen Umständen erreicht werden. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat für die nächsten Jahre – wie in jedem Jahr – einen Leistungsausbau vorschlägt. Wir nehmen dies zur Kenntnis, lehnen es aber entschieden ab. Unter dieser Voraussetzung nimmt die BDP/CVP-Fraktion den IAFP zur Kenntnis und folgt so der Empfehlung der Finanzdelegation.

Zur Planungserklärung: Ziffer a: Die BDP/CVP-Fraktion interpretiert die Ziffer dahingehend, dass bis 2015 über keine Steuersenkung diskutiert werden kann. Uns war bisher immer klar – auch wenn das die FDP noch nicht zur Kenntnis genommen hat –, dass zuerst der altrechtliche Fehlbetrag abgebaut wird und man mit uns nachher über eine Steuersenkung diskutieren kann. Zur Ziffer b schlägt die BDP/CVP-Fraktion eine neue Formulierung vor. Es ist sicher allen Anwesenden klar, dass auch lastenausgleichsberechtigte neue Ausgaben letztlich vom Steuerzahler zu berappen sind, weil wir nicht nur Gemeinde-, sondern auch Kantonssteuern bezahlen. Den Ziffern c bis e stimmt die BDP/CVP-Fraktion zu; sie bittet den Rat, der abgeänderten Ziffer b zuzustimmen.

Zum Minderheitsantrag: Die BDP/CVP-Fraktion lehnt den Minderheitsantrag ab, weil sie nicht alle finanziellen Grundsätze des Gemeinderats so unterstützen kann. Beispiel Ziffer 1: Die BDP/CVP-Fraktion will nicht nur bis zur vollständigen Abtragung des Bilanzfehlbetrags, sondern grundsätzlich keine Budget- und Rechnungsdefizite.

Zu Ziffer 8, Optimierung der Gewinnabschöpfung: Das riecht verdächtig nach Bilanzaufpolierung auf Kosten der ausgelagerten Betriebe, insbesondere ewb. Hier verweise ich auf die Vorstösse der Fraktion BDP/CVP, „Nachvollziehbarer Mechanismus zur Bestimmung der Gewinnablieferung von ewb an die Stadt“ und „Keine ausserordentlichen Gewinnablieferungen von ewb an die Stadt“.

Zu unserer Planungserklärung: Wir fordern, dass der IAFP auf der Basis der 42-Stunden-Woche für alle Beschäftigten der Stadt Bern zu gestalten ist, auch wenn Natalie Imboden meint, das sei eine überrissene Forderung. Wir wissen es alle: 42 Stunden ist eine normale Wochenarbeitszeit.

Zum Punkt b: Wegen der markanten Mehrkosten ist auf die StaBe-Rückführung zu verzichten. Der IAFP basiert auf der Annahme, dass die StaBe-Rückführung aus Kostengründen nicht weiterverfolgt wird. Ich bitte die Anträge zu unterstützen.

Dem Ergänzungsantrag der GFL/EVP-Fraktion stimmt die BDP/CVP-Fraktion zu. In der Planungserklärung stimmt die Fraktion der Ziffer a zu, den Rest lehnen wir ab.

Ursula Marti (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die Stadt Bern hat ihre Finanzen in den letzten Jahren im Griff gehabt, sie wird sie auch in Zukunft im Griff behalten. In den letzten Jahren hat die Stadt Bern stets Überschüsse erwirtschaftet, so dass der riesige Schuldenberg von früher schon fast abgetragen ist. Wir sind den Vorgaben des Kantons weit voraus, unsere Finanzkennzahlen sind gut. Das ist das Verdienst der rot-grünen Regierung und Parlamentsmehrheit, die umsichtig und verantwortungsvoll mit den Finanzen umgegangen sind, auch in den Jahren der Wirtschaftskrise, und dabei auch immer klug investiert haben: In unsere Stadt, in Wohnbauförderung, Bildung, Infrastruktur, öV, Kultur usw. Im Wissen darum, dass es sich auszahlt, wenn man in das Richtige investiert, in Form von Attraktivität und Lebensqualität, aber auch in Form von höheren Einnahmen. Diesen bewährten Kurs wollen wir beibehalten, wollen umsichtig und sorgfältig mit unseren Finanzen umgehen, dabei aber weiterhin Neues planen und Mittel für eine moderne, ökologische, soziale Stadt einsetzen, die Menschen anzieht, die hier leben und arbeiten wollen. Für eine Stadt, die Firmen, Organisationen und Ausbildungsstätten anzieht, Besucherinnen und Besucher.

Die im IAFP prognostizierten Defizite nehmen wir ernst, wir sind auch bereit, Korrekturen anzubringen. Wir sind aber nicht bereit, in eine Sparhysterie zu verfallen – das wäre falsch. In

einer Zeit, in der wegen einer Wirtschaftskrise die Unternehmenssteuern absacken und die Sozialhilfe teurer wird, ist es wichtig, dass der Staat weiterhin investiert, sich in gewissem Mass auch antizyklisch verhält. Auch weiterhin müssen wir politisch gestalten und aktiv handeln, nicht nur fragen, wo wir noch sparen können. Wir können doch nicht einfach sagen, wir wollen keine neuen Aufgaben mehr. Es wäre rückwärtsgewandt und katastrophal, wenn wir uns nicht mehr weiterentwickeln wollten. Auch wir wollen Massnahmen ergreifen, um den Haushalt ausgeglichen zu gestalten. Den altrechtlichen Finanzfehlbetrag wollen wir nicht bereits bis 2012 abzahlen, sondern dafür länger Zeit geben, wenn nötig bis 2017, so wie vom Kanton vorgegeben. Es muss nicht zwingend so lange dauern – wenn es möglich ist, kann auch früher abgezahlt werden. Aber wir wollen Druck wegnehmen und die Möglichkeit offen halten. Wir wollen aktiv auf eine weitere Bevölkerungszunahme hinarbeiten. Letztes Jahr haben über 800 Personen mehr in der Stadt gewohnt, entsprechend haben auch die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen zugenommen. Wir wollen Synergien suchen mit anderen Gemeinden und dem Kanton, Stichwort: Rettungsdienst, Feuerwehr, Kehrrichtentsorgung, aber auch in weiteren Bereichen, im Sozialen und der Kultur. Dort wollen wir innovative Lösungen suchen. Deshalb hat unsere Fraktion eine Potenzialanalyse für die Zusammenarbeit zwischen Bern und Köniz gefordert. Besonders wichtig ist uns, die geplanten Investitionen und Aufgaben nochmals gut zu prüfen und teilweise aufzuschieben. Es werden Einsparungen auf Ebene der einzelnen Produktgruppen nötig sein. Auch hier werden wir Hand bieten. Es wäre aber nicht seriös, dies aufgrund des IAFP zu machen. Wir werden jedoch die Budgets jeweils sehr genau anschauen und konkrete Anträge stellen. Das werden aber nicht nur Einsparungen sein, sondern auch Mehreinnahmen, beispielsweise zur Abgeltung der Sicherheitskosten bei sportlichen Grossanlässen. Es ist ja nicht möglich, sich so weit im Voraus festzulegen, weil es ja sehr ungewiss ist, wie sich die Finanzen entwickeln. Hier können noch viele Faktoren hinzukommen, die wir heute noch nicht kennen.

Es ist richtig, regelmässig zu hinterfragen, ob gewisse Dienstleistungen noch nötig und sinnvoll sind, ob sie auf effizientere Art erreicht werden können oder ob es Alternativen gibt. Die fünf Direktionen haben den Auftrag, ihre Abteilungen nach Sparmöglichkeiten zu durchforschen. Das werden wir genau prüfen und so weit möglich und vertretbar auch unterstützen. Das machen wir auf der Basis des Budgets 2011, zu dem wir unsere Anträge stellen werden. Wir sind aber nicht bereit, bei Bildung und Integration auf wichtige Investitionen zu verzichten, das wäre kontraproduktiv. Für uns ist auch klar, dass das Personal den Teuerungsausgleich erhalten soll, gerade auch mit Blick auf die aufgelaufene Teuerung.

Zu den Anträgen der Finanzdelegation: Den IAFP nehmen wir selbstverständlich zur Kenntnis. Die Planungserklärung der Finanzdelegation lehnen wir aus folgenden Gründen ab: Wir haben vom Kanton die Vorgabe, die neurechtlichen Bilanzfehlbeträge innerhalb von acht Jahren abzutragen. Das garantiert bereits, dass wir insgesamt einen ausgeglichenen Haushalt bewahren. Es ist nicht nötig, dass wir uns zusätzlich in unserer Handlungsfähigkeit beschneiden, indem wir die Frist auf vier Jahre reduzieren. Wir halten es auch nicht für sinnvoll, generelle Regeln und weitere Beschneidungen losgelöst von der politischen Diskussion aufzustellen, wie etwa Ausbau von Stabsstellen oder Verzicht auf nicht lastenausgleichsberechtigte Ausgaben. Das sind technische Entscheide, wir wollen aber politisch diskutieren und im Stadtrat von Fall zu Fall aushandeln, wo wir Schwerpunkte setzen.

Auch den Minderheitsantrag lehnen wir ab. Mit den zwei ersten Punkten der finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats sind wir nicht einverstanden. Mit den Punkten 3 bis 9 wären wir einverstanden.

Den Ergänzungsantrag der GFL/EVP-Fraktion lehnen wir ab. Wir möchten diese Punkte im Rahmen des Budgets entscheiden, auch in Kenntnis der Hintergründe. Nachdem dies in den Kommissionen und Delegationen besprochen wurde, scheint es uns hier die falsche Ebene und der falsche Zeitpunkt zu sein.

Auch beide Punkte der Planungserklärung BDP/CVP lehnen wir ab. Natürlich beurteilen wir es auch politisch anders, aber vor allem dünkt es uns, dass man so schwerwiegende Entscheide nicht einfach so mit einem Antrag bei der Planungserklärung IAFP einbringen kann.

Die Planungserklärung der Fraktion GB/JA! unterstützen wir in allen Punkten. Die Punkte d bis f sind zum Teil auf Ebene des Budgets, wir können sie aber dennoch unterstützen, weil sie nicht einfach etwas vorgeben, sondern eine Prüfung verlangen. Dies und die Stossrichtung können wir unterstützen.

Einzelvoten

Michael Köppli (GLP): Es ist eine aufschlussreiche Debatte. Ich möchte dem Gemeinderat eine Frage stellen und einen Input geben, dann noch einiges zum bisher Gesagten sagen.

Als Erstes möchte ich den Gemeinderat fragen: Was heisst für ihn „mittelfristig“? Der Gemeinderat sagt, die Stadt Bern solle „mittelfristig“ Eigenkapital schaffen, das stand auch letztes Jahr im IAFP. Schaut man sich die Finanzplanung an, ist das überhaupt nicht ersichtlich, sondern es geht in die andere Richtung. Ich hätte gerne eine Definition von „mittelfristig“.

Zweitens, ein durchaus ernst gemeinter Input, den wir absichtlich nicht als Planungserklärung gemacht haben, weil wir es nicht sinnvoll finden, wie andere Fraktionen Planungserklärungen zu einzelnen Budgetposten zu machen (hier teilen wir die Auffassung von Ursula Marti): Wir möchten dem Gemeinderat, insbesondere dem Stadtpräsidenten, beliebt machen, bei den Kultursubventionen massiv Druck aufzusetzen. Der Kanton Bern hat sich erlaubt, Steuern zu senken. Das trifft die Stadt Bern stark. Auch die Stadt Bern möchte schon lange Steuern senken, kann das aber nun noch viel weniger. Der Kanton kann das offensichtlich. Aber an den vier grossen Kulturinstitutionen, ich denke besonders an das Stadttheater und das Symphonieorchester bzw. die künftige Institution, die aus der Fusion entsteht, beteiligt er sich viel zu wenig. Ebenso die Agglomerations-Gemeinden, die oft einen viel tieferen Steuersatz haben als die Stadt Bern. Wir fordern, dass der Stadtpräsident in der Regionalkonferenz in den Verhandlungen klar macht, dass die Stadt Bern nicht mehr bereit ist, den gleich grossen Anteil wie heute zu bezahlen und vom Kanton mehr fordert. Sonst muss man halt den schwierigen Entscheid treffen und Einsparungen vornehmen – die Stadt kann sich das gegenwärtige Ausmass an Kultursubventionen nicht mehr leisten. Noch ein wichtiger Input: Wir werden im Stadtrat nicht mehr über Kultursubventionen befinden können. Die Bevölkerung wird darüber nicht mehr abstimmen können. Das sind ab sofort gebundene Ausgaben, die in der Regionalkonferenz beschlossen werden. Umso wichtiger finden wir es, nun ein klares Signal in Richtung Gemeinderat zu schicken.

Noch zu Äusserungen von anderen Fraktionen: Erstens möchte ich mein grosses Befremden über die FDP, insbesondere über Bernhard Eicher, äussern. Mit Bernhard Eicher habe ich vor ein paar Wochen sehr gut zusammengearbeitet, wir hatten dieselbe Idee, nämlich eine Schuldenbremse für die Stadt Bern einzuführen. Dazu hatten wir einen unterschiedlichen Vorstoss gewählt, sind uns inhaltlich aber einig. Jetzt reicht die Finanzdelegation – es ist kein Geheimnis, dass das ursprünglich von der GFL kommt – Anträge ein. Die Punkte a und e sind nahezu deckungsgleich mit den Forderungen unserer Schuldenbremse. Selbstverständlich ist es weniger verpflichtend als eine Schuldenbremse in der Gemeindeordnung, und wir würden so eine vorziehen. Aber es ist absolut unverständlich und unverantwortlich, wenn die FDP jetzt aus einer Prinzipienreiterei diese Planungserklärungen ablehnt. Das wird dazu führen, dass die GFL sich in der nächsten Budgetdebatte gegen sämtliche Sparbemühungen sperrt, und das geht schlussendlich auf Kosten des städtischen Haushalts. Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass sich die FDP nach den Verlusten der letzten Wahlen zwangsläufig irgendwie profilieren muss. Aber dies auf Kosten einer massiven Neuverschuldung zu tun, ist sicher der falsche Weg.

Und an die Adresse von GB/JA! und teilweise SP/JUSO, die stets eine antizyklische Finanzpolitik fordern: Eine antizyklische Finanzpolitik ist sicher nicht grundsätzlich abzulehnen, sie kann Sinn machen. Sinnvoll ist es etwa, Investitionen, die sowieso getätigt würden, vorzuziehen, wenn die Wirtschaft schlecht läuft. Was aber insbesondere auf Gemeindeebene keinen Sinn macht, ist, in einer Rezession irgendwelche zusätzlichen Ausgaben zu tätigen. Dieser Effekt verpufft und das führt zu Neuverschuldung. Nicht zuletzt möchte ich gerade die GB/JA!-Fraktion an etwas erinnern: Wir werden bald wieder bessere wirtschaftliche Zeiten erleben. Ich hoffe doch sehr, dass Sie sich auch dann wieder an die antizyklische Finanzpolitik erinnern werden.

Henri-Charles Beuchat (CVP): Ich verstehe nicht, wieso die FDP die Bedeutung dieses IAFP in Abrede stellt und voll und ganz auf das Budget fokussieren will. Das sind doch zwei ganz unterschiedliche, berechnete Finanzplanungsinstrumente, und gerade Sie als versierter Berater, Bernhard Eicher, wissen, dass der Finanzplan bei Unternehmungen stets einen Teil eines gesamten Business-Plans darstellt. Genauso ist es bei der Stadt Bern. Ich denke nicht, dass die BEKB lediglich aufgrund eines Jahresabschlusses und eines Budgets auch nur einen kleinen Kredit sprechen würde. Genauso, wie es das bei Unternehmen braucht, braucht es bei der Stadt Bern eine Planbilanz und eine Planerfolgsrechnung. Hier möchten wir wissen, wie sich das Eigenkapital der Stadt Bern in Zukunft entwickeln wird, und wir möchten wissen, was in den kommenden Jahren eingenommen und ausgegeben wird. Wir wollen langfristig planen, auch, wann es Steuersenkungen geben soll, und nicht einfach wie die FDP gebetsmühlenartig Steuersenkungen fordern. Auch diese müssen geplant sein.

Dass auch die SP sagt, man wolle sich erst in der Budgetdebatte über Spardetails äussern, hat mich sehr verwundert. Ich frage mich schon, wieso man denn überhaupt über den IAFP spricht, wenn jeder sagt, es werde sowieso in der Budgetdebatte wieder aufgenommen.

Wir müssen doch irgendeine Vision der finanziellen Zukunft unserer Stadt haben, müssen über die Nasenspitze eines ersten und zweiten Jahres hinaus denken. Dafür ist der IAFP geeignet.

Die monierten 8 Millionen Franken bei der Feuerwehr haben wir in der letzten Budgetdebatte diskutiert. Dort sagten wir, dass das Teure an diesem Umzug die Erstellung der Anfahrtspläne ist. Das braucht Stellenprozente, und das kostet. Es ist deshalb auch korrekt, wenn man das langfristig korrekt budgetiert.

Natalie Imboden (GB): Eine kurze Replik an die Adresse der BDP/CVP-Fraktion: Beim städtischen Personal in einer Hauruck-Übung von einer 40- auf eine 42-Stunden-Woche zu gehen, hat massive Implikationen. Ich erwähne zwei: Erstens bedeutet das für die Betroffenen weniger Lohn, nämlich 5 Prozent. Man kann nicht sagen, das sei einfach ohne – das ist ein massiver Eingriff. Der zweite Punkt: Wir haben eine relativ hohe Arbeitslosigkeit, auch in der Stadt Bern. Wenn man die Arbeitszeit verlängert, heisst das letztlich, dass man die Arbeit auf weniger Schultern verteilt. Es macht in einer Zeit mit vielen Arbeitslosen keinen Sinn, die, die Arbeit haben, mehr arbeiten zu lassen. Damit nimmt man den Arbeitslosen die Möglichkeit, zu Arbeit zu kommen. Daher appelliere ich an die Urheber dieses Antrags, diesen Punkt zurückzuziehen, oder an den Rat, den Antrag abzulehnen.

Bernhard Eicher (FDP): Lassen Sie sich die folgenden Zitate, die ich heute gesammelt habe, auf der Zunge zergehen; die SP sagt: „Man muss Gegensteuer geben.“ 0,0 Prozent Konkretisierungsgrad, schlicht warme Luft. Das Grüne Bündnis sagt: „Es sind dunkle Wolken aufgezogen.“ Konkretisierungsgrad: 0,0 Prozent, nichts als warme Luft. Antrag der Finanzdelegation: „Es werden Szenarien aufgezeigt, in allen Planjahren ein ausgeglichenes Ergebnis...“ – bla bla bla, 0,0 Prozent Konkretisierungsgrad, warme Luft. Oder, von der GLP: „Man muss

anregen, bei der Kultur ganz massiv zu sparen.“ 0,0 Konkretisierungsgrad, warme Luft. Schlicht und einfach Heuchelei. Wir haben heute eine absolute Heuchlerdebatte erlebt. Jeder spielt sich auf, als seien ihm die Finanzen ach so wichtig. Wir wollen dann in der Budgetdebatte sehen, wo die Spar- und Finanzapostel sind.

Ein paar Überlegungen zuhanden der GLP: Planungserklärung Punkt a will eine Zementierung des Steuerfusses auf 1,54 Prozent. Das ist in unseren Vorstössen nicht drin. Zur GFL: Wenn sie nicht mitmacht, kann ich nur sagen: Sie hat in den letzten Jahren nicht mitgemacht, sie hat dieses Jahr nicht mitgemacht, sie wird auch in Zukunft nicht mitmachen. Insofern ist das relativ indifferent.

Zur CVP und IAFP als Führungsinstrument: Absolut einverstanden. Wir kritisieren nicht das Instrument des IAFP, sondern dass man pseudomässig Planungserklärungen abgibt und so tut, als wäre einem das Sparen wichtig. Das stört uns. Wir nehmen den IAFP als Führungsinstrument des Gemeinderats ernst und beantragen, ihn ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Wir finden diesen – wenn man so will – Businessplan schlecht, wir wollen in eine andere Richtung fahren.

Für all die Pseudosparer, die sich heute aufgebläht haben wie Kugelfische, eine Überlegung: Wenn Ihre Planungserklärungen abgelehnt werden, heisst das, dass Sie einen IAFP annehmen müssten, den Sie so nicht wollen. Konsequenterweise müssten Sie ihn eigentlich ablehnend zur Kenntnis nehmen. Ich gehe davon aus, dass der Antrag FDP letztlich massive Unterstützung erfahren wird.

Wir sehen uns im Herbst wieder, dann werden wir über das Budget und die Schuldenbremse debattieren. Ich bin sehr gespannt, was kommt.

Daniel Klauser (GFL): Bernhard Eicher beklagt, dass „warme Luft“ produziert werde: Die warme Luft hat offenbar auch dazu geführt, dass er seinen kühlen Kopf verloren hat. Das ist schade. Es tut mir leid, dass ich nun auf denen, denen es offenbar nicht so gut geht, noch herumhacken muss, aber es bleibt mir nichts anderes übrig. In seinem ersten Votum hat sich Bernhard Eicher bzw. die FDP des Langen und Breiten darüber ausgelassen, wie schlimm es doch sei mit den geplanten Defiziten. Das sehen wir auch so. Zwei Sätze später verlangt er aber so schnell wie möglich eine Steuersenkung. – Ich frage mich, wie das zusammenpassen soll. Was will die FDP wirklich? Sie lehnt die Planungserklärungen ab. Das heisst für mich nichts anderes, als dass sie dasselbe will wie das Grüne Bündnis und die SP, also nicht sagen, wie es im nächsten IAFP ausschauen soll, sondern man schaue mal und werde dann in der Budgetdebatte mehr tun. Gut, Sie sagen dasselbe wie die linke Ratsseite: Wenn das Ihre politische Haltung ist... Nun, man kann sich nach einer Wahlniederlage auch mal neu positionieren, und wie Sie das machen wollen, ist Ihnen überlassen.

Natalie Imboden sagte, das GB wolle eine nachhaltige Finanzpolitik. Das Problem mit Begriffen wie Nachhaltigkeit ist, dass nicht alle dasselbe darunter verstehen. Wenn ich Ihnen zuhöre, denke ich, für Sie sei es durchaus zulässig, Defizite zu machen und die Schulden später abzubauen. Das ist für uns keine nachhaltige Finanzpolitik.

Noch zum Stichwort „antizyklisch“, das auch von linker Ratsseite immer wieder erwähnt wird: Die Sprecherin der SP, Ursula Marti, sagte, man müsse antizyklisch handeln. Kurz darauf wollte sie Investitionen aufschieben. Nach meinem Verständnis heisst antizyklisch handeln vor allem, Investitionen vorzuziehen. Das wurde in diesem Rat vor genau einem Jahr diskutiert. Zudem: Gemäss den Zahlen des SECO ist die Rezession vorüber. Wenn man antizyklisches Handeln predigt, wäre jetzt langsam der Zeitpunkt gekommen, in die andere Richtung antizyklisch zu handeln, indem man nämlich Eigenkapital bildet, das für die nächste Krise bereitsteht.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Zunächst mein Dank an den Referenten der Finanzdelegation für die klare Darstellung und vor allem den grossen Aufwand, den er im Zusammenhang mit IAFP auf sich genommen hat. Erlauben Sie mir nach der intensiven Diskussion ein paar Ausführungen zum Antrag des Gemeinderats und zu den Anträgen der Finanzdelegation und der Fraktionen. Ich kann vorwegnehmen: Der Gemeinderat lehnt die Planungserklärung der Finanzdelegation ab. Ich werde das nachfolgend begründen. Der Gemeinderat lehnt auch alle weiteren Anträge ab. Bevor ich zum vorliegenden Geschäft komme, ein paar Ausführungen zur Rechnung 2009 und zum laufenden Jahr.

Angesichts der angespannten Wirtschaftslage im Jahr 2009 kann der Gemeinderat mit dem Jahresabschluss 2009 zufrieden sein. Der altrechtliche Bilanzfehlbetrag ist einmal mehr reduziert worden, um einen stolzen Betrag von 49 Millionen Franken, die Finanzkennzahlen sind höchstens solide. Es gilt immer dasselbe: Der Erfolg hat viele Väter und Mütter, der Misserfolg ist ein Waisenkind. Ich nehme deshalb an, dass wir am guten Rechnungsabschluss alle ein wenig Anteil haben. Es gilt aber immer wieder zu betonen, dass die Stadt Bern im Jahr 2009 von verschiedenen Sonderfaktoren profitieren konnte, nämlich vom 11. Haushaltsverbesserungsmassnahmenpaket, 13 Millionen Franken einmalige Mehrerträge in Höhe von 17,8 Millionen Franken. Wegen dieser Sonderfaktoren darf man sich von dem Resultat nicht blenden lassen. Wir haben einen unerfreulichen Rückgang bei den Steuereinnahmen, und das wird das Bild 2009 auf einen Schlag verschlechtern.

Bereits an seiner ersten Sitzung im Jahr 2010 hat sich der Gemeinderat die Finanzprognose für das laufende Jahr und für die Jahre bis 2014 präsentieren lassen. Nach eingehender Analyse dieser Prognosen hat er für das laufende Jahr umgehend umfangreiche Massnahmen eingeleitet. Ohne die entsprechenden Massnahmen auf der Ausgabenseite riskiert die Stadt 2010 ein Defizit. Bei einem solchen Defizit müsste die Stadt belegen, wie sie allfällige neu-rechtliche Bilanzfehlbeträge innert acht Jahren wieder abbauen will, was einen noch grösseren Spardruck für die kommenden Jahre bedeuten würde.

Die neue Ausgangslage für das Jahr 2010, zusammen mit der unerfreulichen Perspektive für die Jahre 2011 bis 2014, hat den Gemeinderat bereits im Januar dieses Jahres veranlasst, das Budget 2010 auf Verbesserungsmöglichkeiten hin zu überprüfen. Konkret haben wir im Februar 2010 entschieden, als Sofortmassnahme den städtischen Personal- und Sachaufwand für das laufende Jahr um 8 Millionen Franken zu reduzieren. Wir haben das proportional auf alle Direktionen und die Stadtkanzlei verteilt und eine Sparquote bestimmt. Wir werden im Verlauf dieses Jahres die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls aufgrund der Hochrechnungen entscheiden, ob zu den umgesetzten Massnahmen von 8 Millionen Franken noch weitere Massnahmen zur Erreichung einer ausgeglichenen Rechnung werden beantragt werden müssen. So weit die Ausgangslage. Sie ist nicht ganz unwesentlich für den IAFP 2011 bis 2014.

Wie bereits einleitend gesagt: Das Jahr 2010 wird kritisch werden. Mit weit höheren Defiziten müssen wir aber gemäss IAFP in den Jahren 2011 bis 2014 rechnen. Mit dem IAFP haben wir aufgrund der Eingaben der Direktionen vom Dezember 2009 erschreckende Defizite in zweistelliger Millionenhöhe – 94 bis 95 Millionen Franken – gesehen. Wir haben das verwaltungsintern bereinigt, hatten aber immer noch Defizite von 63 bis 64 Millionen Franken. Es ist klar, dass diese Aussichten für den Gemeinderat inakzeptabel waren. Klar war auch, dass wir umgehend griffige Gegenmassnahmen beschlossen haben. Der Gemeinderat bekennt sich zum Ziel, dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget 2011 vorzulegen. Deshalb haben wir 2011 weitere Massnahmen getroffen, um 33 Millionen Franken einzusparen. So sollen unter anderem ausgabenseitig keine neuen Stellen geschaffen werden. Alle neu geplanten Aufgaben für 2011 sollen gestrichen werden. Aber auch nach dieser Massnahmenrunde haben wir im Jahr 2011 ein Defizit in der Grössenordnung von 16 Millionen Franken. Auch das haben wir wiederum auf alle Direktionen verteilt.

Sie sehen: Der Gemeinderat hat sich intensiv mit der Ausgangslage und möglichen Entwicklungen in den nächsten Jahren auseinandergesetzt. Man darf hier festhalten, dass er grosse Anstrengungen für ein ausgeglichenes Budget 2011 getätigt hat. Im Weiteren hat der Gemeinderat meine Direktion zusammen mit der städtischen Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre damit beauftragt, geeignete Methoden für die Aufgabenüberprüfung für die Jahre 2012 und folgende zu prüfen und ihm einen Vorgehensvorschlag zu unterbreiten. Es ist sinnvoll, nach einer gewissen Zeit die Aufgaben der Stadt grundsätzlich zu überprüfen und zu hinterfragen. Das hatten wir zum letzten Mal in der so genannten Portfolio-Analyse 2000-2003 gemacht. Heute ist wieder der Moment, zu prüfen, ob wir überall linear kürzen sollen oder ob wir auch den Mut haben, über ganze Aufgabenpakete zu diskutieren und ganze Pakete auch zu streichen. Eines ist klar: Nur mit kurzfristigen Massnahmen können wir kein nachhaltiges Haushaltsgleichgewicht erreichen. Der Gemeinderat ist überzeugt, frühzeitig die richtigen Massnahmen getroffen zu haben, um ein Defizit in den Jahren 2010 und 2011 zu verhindern. Im jetzigen Zeitpunkt kann sich die Stadt keinen Leistungsausbau leisten. Zudem bestehen nach wie vor schwer abschätzbare Risiken, wie die allgemeine konjunkturelle Entwicklung (obwohl es im Moment ein wenig besser aussieht) oder die Revision des kantonalen Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich, von dem wir nicht wissen, in welchem Umfang die Entlastung für die Stadt Bern kommen wird, und weitere kantonale Steuergesetzrevisionen. Wir sind aber überzeugt, dass trotz schwarzen Finanzwolken der Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags bis Ende dieser Legislatur nicht nur realistisch ist, sondern unbedingt auch angestrebt werden muss. Es ist sinnvoll, diesem Legislaturziel andere Legislaturziele unterzuordnen, damit die Stadt Bern endlich wieder Handlungsspielraum gewinnt, entweder für einen weiteren Ausbau des Angebots oder endlich auch einmal, um den Steuerzahlerinnen und -zahlern dieser Stadt etwas in Form einer Steuersenkung zurückzugeben. Hoffen wir, dass die leichte Konjunkturerholung, die sich in der Schweiz abzeichnet, nicht nur ein Strohfeuer ist.

Ich habe es gesagt: Der Gemeinderat will keine neurechtlichen Bilanzfehlbeträge. Es kann doch nicht Ziel des Stadtrats sein, bereits wieder von neuen Schuldenberge zu reden bzw. neue Schuldenberge zu produzieren, kaum sind die altrechtlichen Bilanzfehlbeträge endlich abgebaut und der Handlungsspielraum wiederhergestellt. Aus diesem Grund lehnt der Gemeinderat Buchstabe a der Planungserklärung ab. Weiter hat der Gemeinderat im IAFP alle neuen Aufgaben gestrichen und den Stellenstopp beschlossen. Buchstabe b und c sind damit überflüssig. Buchstabe d und e der Planungserklärung der Finanzdelegation erachtet der Gemeinderat als nicht systemkonform. Stellenpläne sind mit NPM abgeschafft worden; das mag man bedauern oder nicht, aber Sie hatten NPM damals beschlossen, also leben wir es auch. Klar ist auch, dass bei der Budgetierung ausgeglichene Rechnungsergebnisse angestrebt werden müssen, solange wir einen altrechtliche Bilanzfehlbetrag haben. Wir werden uns also bei der Budgetierung auch daran ausrichten.

Der IAFP als Planungsinstrument soll Ihnen aufzeigen, was passiert, wenn wir alle Bestellungen, die jeden Donnerstag hier eingereicht werden, umsetzen. Es kann nicht sein, dass ein Plan ausgeglichen ist. Er ist ein Führungsinstrument, ein Frühwarnsystem. In diesem Sinne bitten wir Sie, die Anträge der Finanzdelegation abzulehnen. Wer Buchstabe a überweist, verkennt Ziel und Zweck eines IAFP. Es geht darum, mit dem Finanzplan aufzuzeigen, wie sich die Finanzlage unter gewissen Annahmen entwickeln wird. In diesem Sinne müssen wir hier auch nicht ausgeglichen abschliessen. Gerne annehmen würden wir natürlich den Minderheitsantrag der Finanzdelegation: Es würde uns freuen, wenn man hier verabschiedet, dass das Stadtparlament mit den finanzrechtlichen Grundsätzen des Gemeinderats einverstanden ist. So etwas würden wir bestimmt nicht ablehnen. Die Ergänzungsanträge der GFL/EVP-Fraktion bitte ich Sie abzulehnen. Sie entsprechen nicht einer Planungserklärung; es sind Anträge, die man im Rahmen einer Budgetdebatte stellt und nicht in einem Finanz-

plan. Die Finanzdelegation hat sich ausgiebig mit dieser Frage auseinandergesetzt und ist ebenfalls zum Schluss gekommen, dass solche Detailanträge nicht in eine Planungserklärung gehören. Auch die Anträge der BDP/CVP bitten wir abzulehnen, insbesondere die Vorschläge zur 40- oder 42-Stunden-Woche; das sind Fragen, die man mit den Sozialpartnern klären muss, das gehört nicht in einen Finanzplan. Ganz am Schluss bitten wir Sie, auch die Planungserklärungen von GB/JA! abzulehnen. Ich kann GB/JA! beruhigen: Selbstverständlich werden wir die Auswirkungen der Steuergesetzrevision schon im Budget 2011 aufzeigen. Bei Buchstabe c können wir sagen: Es ist der feste Wille des Gemeinderats, den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag in dieser Legislatur abzubauen. Ein Verzögern bis 2017 lehnen wir ab. Das Aufzeigen von Verzicht auf Leistungsausbau ist nicht Gegenstand eines IAFP, deshalb bitten wir Sie auch hier, das in der Budgetberatung einzubringen. Zum Tierpark nur so viel: Aus- und Neubauten von Anlagen zur Umsetzung der Gesamtplanung ergeben zusätzliche Mietfolgekosten, die wir Ihnen selbstverständlich im IAFP und auch in einem Budget aufzeigen werden; das wird auch der Moment sein, dies zu diskutieren.

Es wurde gefragt, was der Gemeinderat unter „mittelfristig“ verstehe. Ich habe es gegoogelt: Google sagt zwei bis fünf Jahre, Wikipedia drei bis sieben Jahre. Die Haltung des Gemeinderats ist, dass eine gesunde mittelfristige Finanzplanung etwa den Zeitraum von zwei bis fünf Jahren umfassen soll – längere Zeiträume wären Kaffeesatzlesen. In diesem Sinne bitte ich den Stadtrat um Kenntnisnahme des vorliegenden IAFP und um Ablehnung der zusätzlichen Anträge.

Beschluss

Planungserklärung Finanzdelegation

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung der Finanzdelegation (FD), Buchstabe a, ab (15 Ja, 52 Nein).
2. Die Variante FD zu Buchstabe b obsiegt dem Änderungsantrag BDP/CVP-Fraktion (47 FD, 20 BDP/CVP).
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung FD, Buchstabe b, ab (25 Ja, 44 Nein).
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung FD, Buchstabe c, ab (34 Ja, 35 Nein).
5. Der Stadtrat nimmt die Planungserklärung FD, Buchstabe d, an (57 Ja, 9 Nein).
6. Der Stadtrat nimmt die Planungserklärung FD, Buchstabe e, an (36 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltung).
7. Die Variante Minderheitsantrag der FD obsiegt Buchstabe c der Planungserklärung Fraktion GB/JA! (36 FD, 31 GB/JA!, 2 Enthaltungen).
8. Der Stadtrat lehnt Minderheitsantrag der FD ab (11 Ja, 59 Nein).

Planungserklärung GFL/EVP

9. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag GFL/EVP, Buchstabe a, ab (33 Ja, 34 Nein).
10. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag GFL/EVP, Buchstabe b, ab (33 Ja, 36 Nein).
11. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag GFL/EVP, Buchstabe c, ab (33 Ja, 35 Nein).
12. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag GFL/EVP, Buchstabe d, ab (34 Ja, 36 Nein).
13. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag GFL/EVP, Buchstabe e, ab (33 Ja, 35 Nein).

Planungserklärung BDP/CVP

14. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung BDP/CVP, Buchstabe a, ab (25 Ja, 35 Nein, 10 Enthaltungen).
15. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung BDP/CVP, Buchstabe b, ab (20 Ja, 50 Nein).

Planungserklärung GB/JA!

16. Der Stadtrat nimmt die Planungserklärung GB/JA!, Buchstabe a, an (46 Ja, 24 Nein).
17. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung GB/JA!, Buchstabe b, ab (26 Ja, 43 Nein).
18. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung GB/JA!, Buchstabe d, ab (26 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung).

19. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung GB/JA!, Buchstabe e, ab (29 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltung).
 20. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung GB/JA!, Buchstabe f, ab (25 Ja, 42 Nein).
 21. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung GB/JA!, Buchstabe g, ab (26 Ja, 41 Nein).
- IAFP Kenntnisnahme*
22. Der Antrag Fraktion FDP „Ablehnende Kenntnisnahme IAFP“ unterliegt dem Antrag des Gemeinderats auf „Kenntnisnahme IAFP“ (19 FDP, 45 GR, 5 Enthaltungen).
 23. Der Stadtrat nimmt den bereinigten IAFP mit allen Ergänzungen zur Kenntnis (48 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen).

- Die Traktanden 6, 8, 9 und 10 werden auf die Sitzung vom 29. April 2010 verschoben. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Motion Fraktion GLP (Jan Flückiger, GLP): Berner Filz im Hochbau zum Zweiten – StaBe die Bauherrschaft über den Feuerwehrstützpunkt wegnehmen
2. Motion Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): „Zaffaraya“ legalisieren
3. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Anreize schaffen für umweltfreundliche(re) Taxis
4. Postulat Fraktion SP/JUSO (Leyla Gül/Giovanna Battagliero, SP): Keine übereilte Einführung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum, sondern Lancierung eines dreijährigen Pilotprojekts
5. Postulat Gisela Vollmer (SP): Die Beschaffungskommission – ein Instrument für Berns Baukultur
6. Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): Die Stadt vergibt regelmässig externe Mandate an Frau Mader (Ex. Regierungstadthalterin, SP)
7. Kleine Anfrage Fraktion GLP (Jan Flückiger, GLP): Berner Filz im Hochbau zum Zweiten?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Der Protokollführer: *Markus Schütz*